

Nr. 17 – 2020/3

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

In dieser Ausgabe

Unterlagen für
den Bundesparteitag

Impulsreferate

Reformen für die Wirtschaft

Stellenbeschreibung
Bundesgeschäftsführer



Bundesparteitag in Fulda

bündnis

Christen für Deutschland



www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 17 – 2020/3

Inhalt

Einladung Bundesparteitag	4
Tagesordnung	6
Rechenschaftsbericht (Finanzbericht) 2019 – Zusammenfassung	7
Anträge des Bundesvorstandes	10
Kurzprogramm.	11
Protokoll des Bundesparteitages vom 30.11.2019 in Bad Blankenburg	16
Gebet für Bündnis C	25
Impulsreferate zu unserer Vorstandssitzung am 27.06.2020	26
Aus den Landesverbänden	30
Das Wirtschaftssystem stützen oder reformieren?	33
Großfamilien	36
Epidemische Lage von nationaler Tragweite aufheben	38
Zivildienst und Wehrpflicht reformieren	40
Respekt der Israelischen Souveränität statt Zwei-Staaten-Lösung.	41
Leserbriefe.	42
Formular zum Anfordern von Infomaterial.	45
Impressum.	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Ute Büschkens-Schmidt, Mathias Scheuschner,
Friedemann Hetz, Heinrich Benz, Micha Schlittenhardt, Verena Thümmel

Einladung zum ordentlichen Bundesparteitag von Bündnis C – Christen für Deutschland

Liebe Delegierte,

wir laden Sie ganz herzlich zum ordentlichen Bundesparteitag 2020 ein.

Der Bundesparteitag findet statt

**am Samstag, den 10. Oktober 2020
von 10 bis ca. 17.30 Uhr
im Kloster Frauenberg,
Am Frauenberg 1, 36039 Fulda.**

Der Bundesparteitag wird als **Delegiertenparteitag** durchgeführt. Stimmberechtigt sind die Delegierten der Landesverbände. Die Landesvorsitzenden sind mit beratender Stimme teilnahmeberechtigt. Andere Mitglieder können als Gäste teilnehmen (Satzung § 16).

Leider können wir aufgrund der durch die Corona-Beschränkungen begrenzten Raumkapazität nicht die Teilnahme aller unserer Mitglieder garantieren. **Wir bitten alle Delegierten und Landesvorsitzenden sowie unsere Mitglieder um Anmeldung in der Bundesgeschäftsstelle bis zum 30. September 2020.** Als Mitglied erhalten Sie eine Teilnahmebestätigung, bis die maximale Personenzahl erreicht ist. **Ohne vorherige Bestätigung Ihrer Teilnahme durch die Geschäftsstelle ist die Teilnahme am Parteitag nicht möglich.** Wenn Sie als Nichtmitglied teilnehmen möchten, fragen Sie bitte ab 1. Oktober in der Geschäftsstelle an, ob noch Plätze frei sind.

Der Bundesparteitag steht im Zeichen des Wahljahres 2021 mit der Bundestagswahl, Landtags- und Kommunalwahlen. Wir bitten die Landesvorstände, ihre Ideen und Anregungen für das vor uns liegende Wahljahr vorzubereiten und unter TOP 8 einzubringen. In einem Kurzprogramm haben wir versucht, die Entwicklungen durch die Corona-Krise aufzunehmen und insbesondere Lösungsansätze für die kommende Wirtschaftskrise aufzuzeigen. Bereits in der Vergangenheit haben wir einen beziehungsorientierten Ansatz für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsysteme vorgestellt und glauben, dass in den gegenwärtigen Krisen Raum für Transformation der Systeme entstehen wird. **Auf dem Bundesparteitag stellen wir das Kurzprogramm zur Diskussion und zur Abstimmung.** Die Beschlussvorlage finden Sie in den Anlagen. Änderungsanträge dazu können bis zum 30. September 2020 in der Bun-

desgeschäftsstelle eingereicht werden. Nach Beschluss soll das Programm als werbewirksame A5-Broschüre gedruckt werden.

Wir freuen uns sehr, mit **Herrn Gottfried Hetzer einen Finanzexperten** für den Parteitag gewonnen zu haben, der zur Finanzpolitik aus biblisch-theologischer Perspektive geforscht hat. Unter der Überschrift „Paradigmenwechsel“ wird er ein Impulsreferat zur sich anbahnenden Wirtschafts- und Finanzkrise halten und wie eine biblisch fundierte Alternative zu immer höheren Staatsschulden aussehen kann. Wir erwarten davon Impulse für unser Programm zur Wirtschafts- und Finanzpolitik für das kommende Jahr. Unter <https://hetzer.jimdofree.com/> können Sie sich vorab informieren.

Außerdem konnten wir **Herrn Friedemann Kalmbach, Stadtrat in Karlsruhe**, als Gastreferenten zur Kommunalpolitik und zu aktuellen Herausforderungen in den sich vollziehenden Umbrüchen gewinnen. Herr Kalmbach hat uns bereits im Juni bei einer erweiterten Vorstandssitzung wertvolle Impulse für die Arbeit von Bündnis C gegeben, die Sie im zweiten Teil dieses Heftes nachlesen können. Er ist außerdem Vorsitzender der Nehemia Initiative Karlsruhe, bei der unsere Bundesgeschäftsstelle beherbergt ist.

Am Nachmittag hören Sie auf dem Bundesparteitag den **Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes**. Aus dem beiliegenden Finanzbericht für 2019 ersehen Sie, dass wir das Wahljahr 2019 solide finanziert haben. Leider können wir jedoch keine finanziellen Reserven aufbauen für die **Einstellung eines Bundesgeschäftsführers**, den wir für das operative Geschäft der Partei und das Management der Wahlkämpfe brauchen. Sie finden am Ende des Heftes eine Stellenbeschreibung, die den Umfang der Aufgaben umreißt, die mit dieser Stelle abgedeckt werden sollen. Besonders für das vor uns liegende Wahljahr bitten wir Sie zu prüfen, ob Sie mit einer monatlichen Spende uns helfen können, die Stelle zu finanzieren. Vielen Dank an dieser Stelle allen Spendern, die das bereits tun!

Der Bundesvorstand legt dem Parteitag außerdem einen Antrag zu einer **Satzungsänderung** vor (s. Anlage).

In diesem Heft finden Sie neben den Unterlagen zum Bundesparteitag weitere Beiträge aus den letzten Monaten zu den Hilfspaketen der Bundesregierung und der EU, zur Stärkung von Familien, dem Erhalt der Demokratie, Wehrpflicht und der Souveränität Israels. Bei unserer Bundesvorstandssitzung zusammen mit den Landesvorsitzenden hatten wir Ende Juni, wie bereits erwähnt, Friedemann Kalmbach (Stadtrat Karlsruhe) und Ortwin Schweitzer (Wächterruf Gebetsnetz für Deutschland) zugeschaltet. Sie haben mit uns ihre Sicht der politischen Lage und ihre Vision für Bündnis C geteilt. Beide stimmten darin überein, dass es christlich-innovative Antworten in den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen unserer Zeit braucht und nicht mehr allein konservative Positionen Veränderungen bringen werden. Und sie haben uns erneut daran erinnert, dass jede Aktion von uns als christliche Partei im Gebet vorbereitet und begleitet werden muss, wenn wir im politischen Kampf geistlich agieren und Lösungen aus der Perspektive Gottes mit hervorbringen wollen. Lesen Sie dazu im zweiten Teil des Heftes einen **Aufruf an unsere Mitglieder und Interessenten, uns als Beter verbindlich zur Seite zu stehen**. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen dazu!

Besonders freuen wir uns über die **Neugründung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen** am 20. Juni 2020 und des Kreisverbandes Minden-Lübbecke. Innerhalb kürzester Zeit haben beide Verbände Kandidatenlisten für die Ruhrwahl und den Gemeinderat aufgestellt und die Unterstützerunterschriften dafür gesammelt. Zwei Mitglieder treten außerdem zu Bürgermeisterwahlen an. Wir gratulieren allen neuen Vorständen und wünschen Gottes reichen Segen für diesen Neustart und die bevorstehenden Wahlen!

Wir erhalten immer wieder **Leserbriefe** zum EINDRUCK-Heft. Besonders zum letzten Heft zur Corona-Krise kamen mehrere Rückmeldungen, aus denen wir einige Auszüge veröffentlichen. Damit wollen wir unsere Verbundenheit mit unseren Mitgliedern und Interessenten stärken und Sie zu Feedback, Anregungen und Mitarbeit ermutigen.

Wir freuen uns auf den Bundesparteitag, auf Ihre Beiträge und Impulse, und werden Raum für Diskussionen über die weitere Ausrichtung der Partei haben.

Wir bitten nochmals um Ihre umgehende Anmeldung zum Bundesparteitag bei der Bundesgeschäftsstelle bis zum 30. September 2020.

Und wir bitten alle Teilnehmer um korrekte Kleidung. Bitte richten Sie sich mit einem professionellen Auftreten auf Pressefotos ein.

Mit freundlichen Grüßen und einem herzlichen Willkommen,

im Namen des Bundesvorstandes



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Anlagen:

- Tagesordnung
- Rechenschaftsbericht (Finanzbericht) 2019 – Zusammenfassung
- Anträge des Bundesvorstandes
- Kurzprogramm
- Protokoll des Bundesparteitages vom 30.11.2019 in Bad Blankenburg

Tagesordnung für den Bundesparteitag am 06.10.2018 in Fulda

- Ab 9:00 Registrierung und Imbiss
- 10:00 Andacht
- 10:10 Eröffnung des Bundesparteitages durch die Vorsitzende
- Ca. 10:20 **1.** Formalien
- a) Ordnungsgemäße Ladung
 - b) Beschlussfähigkeit
 - c) Wahl des Protokollführers
 - d) Beschluss der Tagesordnung
 - e) Wahl des Versammlungsleiters
- Ca. 10:25 **2.** Beschlussfassung über das Protokoll vom Bundesparteitag am 30.11.2019 in Bad Blankenburg
- Ca. 10:30 **3.** Referat Gottfried Hetzer zur Finanzpolitik
- a) Fragen
 - b) Aussprache
- Ca. 11:30 **4.** Referat Friedemann Kalmbach zur Kommunalpolitik
- a) Fragen
 - b) Aussprache
- 12:30 Mittagspause
- Ca. 13:45 **5.** Berichte des Bundesvorstandes und Entlastung
- a) Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes + Rückfragen
 - b) Finanzbericht 2019 + laufendes Geschäftsjahr, Rückfragen und Bericht der Rechnungsprüfer
 - c) Entlastung des Bundesvorstandes für das Jahr 2019
- Ca. 14:25 **6.** Antrag 1 des Bundesvorstandes: Satzungsänderung
- a) Aussprache
 - b) Beschlussfassung
- Ca. 14:30 **7.** Antrag 2 des Bundesvorstandes: Teilnahme Bundestagswahl
- a) Aussprache
 - b) Beschlussfassung
- Ca. 14:45 **8.** Wahljahr 2021
- a) Strukturelle Voraussetzungen und Strategie für Landtags- und Bundestagswahlen
 - b) Aussprache, Wünsche, Anregungen
 - c) Werbemittel
- Ca. 15:00 Kaffeepause
- Ca. 15:30 **9.** Antrag 3 des Bundesvorstandes: Kurzprogramm
- a) Vorstellung des Programms
 - b) Änderungsanträge
 - c) Aussprache
 - d) Beschlussfassung
- Ca. 17:00 **10.** Sonstiges
- Ca. 17:15 **11.** Schlusswort
- Ca. 17:30 Ende des Bundesparteitages

Rechenchaftsbericht (Finanzbericht) 2019 – Zusammenfassung

Bündnis C - Christen für Deutschland
Rechenchaftsbericht für den Zeitraum 01.01.-31.12.2019
gemäß §§ 23 ff Parteiengesetz (PartG)

Zusammenfassung gemäß § 24 Abs. 9 PartG

Einnahmen- und Ausgabenrechnung	2019		2018	
	€	Prozent	€	Prozent
<u>Einnahmen der Gesamtpartei</u>				
1. Mitgliedsbeiträge	64.920,88	39,12%	39.513,96	32,19%
2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	0,00	0,00%	3.000,00	2,44%
3. Spenden von natürlichen Personen	92.807,99	55,93%	79.226,64	64,55%
4. Spenden von juristischen Personen	1.000,00	0,60%	1.000,00	0,81%
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00%	0,00	0,00%
5a. Einnahmen aus Beteiligungen	0,00	0,00%	0,00	0,00%
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,17	0,00%	0,01	0,00%
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	0,00	0,00%	0,00	0,00%
8. staatliche Mittel	0,00	0,00%	0,00	0,00%
9. sonstige Einnahmen	7.214,22	4,35%	0,00	0,00%
Summe	165.943,26	100,00%	122.740,61	100,00%
<u>Ausgaben der Gesamtpartei</u>				
1. Personalausgaben	32.665,03	19,17%	17.093,74	18,82%
2. Sachausgaben				0,00%
a) des laufenden Geschäftsbetriebes	29.379,49	17,24%	24.558,86	27,03%
b) für allgemeine politische Arbeit	30.749,21	18,05%	31.969,06	35,19%
c) für Wahlkämpfe	77.065,22	45,23%	16.379,14	18,03%
d) für die Vermögensverwaltung einschließlich hieraus sich ergebender Zinsen	511,24	0,30%	598,89	0,66%
e) sonstige Zinsen	0,00	0,00%	0,00	0,00%
f) im Rahmen einer Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00%	0,00	0,00%
g) sonstige Ausgaben	0,00	0,00%	242,92	0,27%
Summe	170.370,19	100,00%	90.842,61	100,00%
Überschuss (+) oder Defizit (-)	-4.426,93		31.898,00	

Zusammenfassung gemäß § 24 Abs. 9 PartG (Fortsetzung)

Vermögensbilanz	2019	2018
	€	€
<u>Besitzposten der Gesamtpartei</u>		
A. ANLAGEMÖGEN		
I. Sachanlagen		
1. Haus- und Grundvermögen	0,00	0,00
2. Geschäftsstellenausstattung	4,00	4,00
II. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen an Unternehmen	0,00	0,00
2. sonstige Finanzanlagen	0,00	0,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderung aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00
II. Geldbestände	55.268,60	60.510,94
III. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
Summe	55.272,60	60.514,94
<u>Schuldposten der Gesamtpartei</u>		
A. RÜCKSTELLUNGEN		
I. Pensionsverpflichtungen	0,00	0,00
II. Sonstige Rückstellungen	0,00	0,00
B. VERBINDLICHKEITEN		
I. Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,00	0,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern	0,00	0,00
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	164,30	979,71
Summe	164,30	979,71
Reinvermögen der Gesamtpartei positiv (+) oder negativ (-)	55.108,30	59.535,23

Zusammenfassung gemäß § 24 Abs. 9 PartG (Fortsetzung)

Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben, Überschüsse oder Defizite sowie Reinvermögen der drei Gliederungsebenen Bundesverband, Landesverbände und der ihnen nachgeordneten Gebietsverbände
--

	Gesamteinnahmen		Gesamtausgaben		Überschüsse (+) oder	
	2019 €	2018 €	2019 €	2018 €	2019 €	2018 €
Bundesverband	164.111,10	114.437,91	172.741,06	80.120,51	-8.629,96	34.317,40
Landesverband	38.809,12	30.295,73	32.064,15	32.597,65	6.744,97	-2.301,92
nachgeordnete Gebietsverbände	2.113,12	216,90	4.655,06	334,38	-2.541,94	-117,48
Summe einschließlich innerparteilicher Zuschüsse	205.033,34	144.950,54	209.460,27	113.052,54	-4.426,93	31.898,00
innerparteiliche Zuschüsse	39.090,08	22.209,93	39.090,08	22.209,93	0,00	0,00
Summe ohne innerparteiliche Zuschüsse	165.943,26	122.740,61	170.370,19	90.842,61	-4.426,93	31.898,00

	Reinvermögen	
	2019 €	2018 €
Bundesverband	22.916,11	31.546,07
Landesverband	30.379,81	23.634,84
nachgeordnete Gebietsverbände	1.812,38	4.354,32
Summe	55.108,30	59.535,23

Anträge des Bundesvorstandes für den ordentlichen Bundesparteitag von Bündnis C – Christen für Deutschland am 10.10.2020

Antrag 1 (Satzungsänderung):

Der Bundesparteitag am 10.10.2020 in Fulda möge die folgende Änderung in Satzung § 2.2, Satz 1 beschließen:

Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf **schriftlichen** Antrag des Bewerbers mittels Aufnahmeformblatt.

Wird wie folgt geändert:

Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag des Bewerbers mittels Aufnahmeformblatt **in schriftlicher oder Textform**.

Begründung zu Antrag 1:

Es soll ein Online-Aufnahmeverfahren auf der Website eingerichtet werden. Zwecks Digitalisierung sollen Anträge auf Mitgliedschaft elektronisch übermittelt und akzeptiert werden können.

Abstimmungsergebnis des Bundesvorstandes in der Videokonferenz am 26.08.2020:

6 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Antrag 2:

Der Bundesparteitag am 10.10.2020 in Fulda möge beschließen:

Bündnis C tritt zur Bundestagswahl 2020 mit Direktkandidaten an. Es steht den Landesverbänden frei, Landeslisten aufzustellen.

Begründung zu Antrag 2:

Der Bundesvorstand strebt die Zulassung zur Bundestagswahl an, um mit Direktkandidaten Bündnis C auf kommunaler Ebene bekannt zu machen und Ortsgruppen zu stärken. Es steht den Landesverbänden dennoch frei, Landeslisten aufzustellen und die erforderlichen Unterstützerunterschriften für die Wahlzulassung zu sammeln.

Abstimmungsergebnis des Bundesvorstandes in der Videokonferenz am 26.08.2020:

6 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Antrag 3:

Der Bundesparteitag am 10.10.2020 in Fulda möge das vorgelegte Kurzprogramm beschließen.

Begründung zu Antrag 3:

Das zur Diskussion gestellte Kurzprogramm greift das beziehungsorientierte Denken des Relationismus als christlich-innovative Politik- und Wirtschaftsphilosophie auf. Wir reagieren damit auf den Corona-Lockdown und regen für die kommende Wirtschaftskrise Reformen für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsysteme an.

Für das Wahljahr 2021 dient das Kurzprogramm zusammen mit den Grundsätzen und Eckpunkten als Grundlage für zu erstellende Wahlprogramme.

Abstimmungsergebnis des Bundesvorstandes in der Videokonferenz am 26.08.2020:

6 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Die Krise als Chance ... für eine christlich-innovative Politik

1. Unsere Vision: Politik für Freiheit in Verbundenheit

Wir lieben Deutschland und Europa und schätzen, was in 75 Jahren Frieden gewachsen ist.

Ideologisch einseitige Antworten spalten nicht erst seit der Corona-Krise unser Land und unseren Kontinent zwischen einer links-grünen Lobby und konservativen Kräften, zwischen Globalisten und Nationalisten, Wirtschaft und Sozialstaat, Einheimischen und Fremden, Arm und Reich.

Bündnis C tritt mit **politischen Lösungen aus christlicher Perspektive** zusammen mit unseren europäischen Partnern in diese Risse.

Grundprinzip unseres biblisch fundierten Ansatzes ist der **Relationismus**, eine innovative Politik- und Wirtschaftsphilosophie als Antwort auf gescheiterte Gesellschaftsmodelle des Kapitalismus und des Sozialismus. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität erhalten ihre wahre Bedeutung nur im Kontext von Beziehungen – mit anderen Menschen und mit Gott.

Wo die Linke mehr Gleichheit schaffen und die Rechte Freiheit erhalten will, erschließt ein beziehungsorientiertes Denken das Potenzial von **Brüderlichkeit als Herzstück von Europas jüdisch-christlicher Tradition**.

Brüderlichkeit im Sinne von fair und effektiv gestalteten Beziehungen auf institutioneller Ebene hat bereits die sozialen Neuerungen inspiriert, die Europa der Welt gebracht hat, wie demokratische Regierungssysteme, Rechtsstaatlichkeit und die Konzeption der Menschenrechte.

Weder der westlich-liberale Individualismus noch ein neu-sozialistischer Kollektivismus erhalten den gesellschaftlichen Frieden. Wir brauchen mehr als je zuvor ausbalancierte Beziehungen zwischen Rechten und Pflichten, Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Kooperation.

Ein politischer und ökonomischer Ansatz, der eine beziehungsorientierte Infrastruktur aufbaut statt ideologischer Fronten, kann der Schlüssel für unsere Zukunft sein. **Die gegenwärtige Krise ist der Zeitpunkt für Reformen der politischen, Wirtschafts- und Sozialsysteme.**

2. Freiheit & Menschenrechte: Die Würde des Menschen ist unantastbar

Die Corona-Krise hat den Lebensschutz unter verändertem Blickwinkel ins Zentrum staatlichen Handelns gestellt. Die Würde des Menschen begründet kein Recht auf Gesundheit, aber das Recht auf Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod. Es schützt den Menschen vor staatlicher Willkür. Die Würde des Menschen als Beziehungswesen schließt die Verantwortung für seine Mitmenschen ein. Freiheitsrechte sind zugleich Pflicht, sie Andersdenkenden zu gewähren.

Religions-, Meinungs- und Gewissensfreiheit gründen in der Ethik der Bibel und sind konstituierend für den freiheitlichen Rechtsstaat. Die Aushöhlung der Grundrechte setzt Menschen staatlicher Willkür und extremistischer Gewalt aus. Keine Notverordnung darf die Gewaltenteilung aushebeln. Der Staat hat keine Gesinnungen zu verfolgen, sondern Straftaten. Hass kann man nicht mit Ausgrenzen, Moralisieren und Löschen bekämpfen, sondern in Beziehungen zu Andersdenkenden überwinden.

Recht auf Leben und Freiheit wiederherstellen:

- Debattenkultur statt Selbstzensur in Politik und Medien
- Abtreibungen verhindern durch Aufklärung, Unterstützung werdender Eltern und Adoption
- Keine Leihmutterchaft: Kinder haben das Recht auf ihre leiblichen Eltern
- Keine Legalisierung von Suizidbeihilfe
- Würdevolle Sorge für ältere und behinderte Menschen

- Menschenhandel, Prostitution und Zwangsarbeit unterbinden
- Internationale Zusammenarbeit gegen Kinderpornografie.

3. Ehe & Familie: Die Säulen der Gesellschaft

In der Verbindung eines Mannes und einer Frau beginnt jedes menschliche Leben. Die Familie aus der Ehe von Mann und Frau und deren Kindern ist die grundlegende soziale Einheit, aus der alle anderen Beziehungen in der Gesellschaft hervorgehen. Die Rechte der Familie sind unveräußerlich und dürfen nicht dem staatlichen Zugriff oder den Rechten Einzelner geopfert werden.

Wir schützen und fördern Familien statt Individualismus. Die Corona-Krise hat die unentbehrliche Bildungs- und Sozialverantwortung der Familien gestärkt. Familienarbeit muss der Erwerbsarbeit von Eltern gleichgestellt werden. Nur eine beziehungs-, bildungs- und leistungsfähige nächste Generation kann langfristig unseren Fachkräftemangel ausfüllen und die Wirtschaftskraft erhalten.

Familie im Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft:

- Jede Gesetzgebung soll an ihren Effekten auf Familien geprüft werden.
- Das elterliche Erziehungsrecht stärken - Keine „Kinderrechte“ ins Grundgesetz!
- Erziehungsgehalt statt Kita-Subventionen
- Pflegegehalt für die Versorgung Angehöriger
- Familienfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen
- Örtliche Nähe von Verwandten fördern, um soziale Widerstandsfähigkeit aufzubauen
- Sozialpolitische Kompetenzen an Familienverbände und Genossenschaften geben, um die staatlichen Sozialausgaben zu senken
- Die kommunale Ebene stärken für regionale Wirtschaftsplanung, Beschaffung von Kapital und die Verteilung von Sozialleistungen.

4. Wirtschaft & Finanzen: Beziehungsorientiert statt finanzzentriert

Der Corona-Lockdown hat das Schrumpfen der Wirtschaft beschleunigt. Vorbereitet wurde es seit langem durch eine schrumpfende Bevölkerung und fehlenden Nachwuchs. Der ist auch mit Milliarden-Hilfsfonds nicht zu ersetzen. Die kommende Wirtschaftskrise bietet die Chance, statt auf Konsum und Wachstum den Wirtschaftskreislauf neu auf Qualität und Vertrauen, Fairness und Gegenseitigkeit, Wettbewerb und Kooperation zu bauen.

Eine Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, ist menschenzentriert statt finanzzentriert. Sie schöpft das Potenzial der Technologie unter Achtung der Menschenwürde und dem Schutz der Umwelt aus. Sie besteht auf Transparenz und plant und arbeitet langfristig. Sie denkt inklusiv für alle beteiligten Interessengruppen und schafft gemeinsame Werte. Wir stellen das Leben von Familien und Kommunen vor ein Wirtschaftswachstum um jeden Preis.

Wirtschaft und Finanzsystem im Dienst des Gemeinwohles:

- Marktwirtschaft: fair, kooperativ und effizient
- Nachhaltigkeit mit familiengerechten Arbeitsbedingungen
- Mittelstand entlasten und Regionen stützen statt Großkonzerne
- Bürokratieabbau und einfacheres Steuersystem
- Öffentliche Verwaltung reduzieren und digitalisieren
- Abbau von Staatsschulden und Subventionen
- Das Finanzsystem als Dienstleister der Wirtschaft
- Firmenbeteiligung mit Verantwortung statt Aktienspekulation
- Faire Besteuerung internationaler Konzerne
- Bargeld als Zahlungsmittel erhalten
- Unabhängige europäische Datennetzstruktur aufbauen.

5. Gesundheit & Soziales: Eigenverantwortung aktivieren

Mit der Zerstörung der Familie wurde ein zentralistisches Sozialsystem errichtet, das den Einzelnen in Abhängigkeit vom Staat bringt. Es wurde ein Anspruchsdenken gegenüber „Vater Staat“ generiert, das den Sozialstaat überfordert. Einbrechende Steuereinnahmen und Sozialbeiträge durch den Corona-Lockdown verschärfen die Krise. Altersarmut, Pflegenotstand und einem überlasteten Gesundheitssystem muss mit Eigenverantwortung und der Sozialverantwortung der Familien begegnet werden.

Es gibt kein Recht auf Gesundheit, ebenso wenig ein Recht auf ein Kind. Gesundheit und Leben sind nicht verfügbar und die medizinische Versorgung von den wirtschaftlichen und personellen Ressourcen abhängig. Jährliche Milliarden-Subventionen für die Krankenkassen bei gleichzeitiger Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung mahnen Reformen des Systems an. Der Mangel an Ärzten und Pflegekräften erfordert gesündere Arbeitsbedingungen und die Entlastung von Vorschriften zur Sicherung der Grundversorgung.

Kernpunkte aus unserem Gesundheitspolitischen Programm:

- Miteinander und Wettbewerb von GKV und PKV
- Prävention und Gesundheitsförderung priorisieren
- Faire Preispolitik für Medikamente
- Staatliche Subvention von Abtreibungen auf die Unterstützung werdender Mütter umlenken
- Verbrauchende Embryonenforschung, Genome-Editing und Keimbahn-Intervention verbieten
- Palliativmedizin statt Sterbehilfe
- Keine Organspende ohne aktive Zustimmung: Hirntod ist nicht tot
- Impfung muss freiwillig bleiben.

6. Umwelt & Klima: Balance zwischen Mensch und Natur schaffen

Umweltpolitik gelingt in Verantwortung vor dem Schöpfer, für die Mitmenschen als seine Geschöpfe und für seine Schöpfung. Uns ist umsichtige Haushalterschaft im Umgang mit der Natur und unseren natürlichen Ressourcen aufgetragen. Ein offener Diskurs über die Ursachen von Klimaveränderungen dient gezielten Vorsorgemaßnahmen und erhält das zwischenmenschliche Klima für die Zukunft.

Nicht das Klima, sondern Kinder sichern das Überleben der Menschheit. Die Bewahrung der Schöpfung schließt entweder den Menschen ein oder sie kann sich nicht auf einen christlichen Konsens berufen. Technische Innovation soll nachhaltiges Wirtschaften begünstigen. Eine Wirtschaft, die auf qualitatives statt quantitatives Wachstum setzt, beendet Raubbau an Umwelt und Ressourcen inklusive.

Verantwortliche Haushalterschaft:

- Artgerechte Tierhaltung und lebensraumnahe Landwirtschaft
- Artenschutz und Neuzüchtung angepasster Arten
- Herbizide, Insektizide und Pestizide begrenzen zum Schutz von Bienen und Insekten
- Regionale Landwirtschaft von Vorschriften entlasten und stärken
- Investitionen in Forschung und Entwicklung für Schlüsseltechnologien
- Eigenständige Energieversorgung sichern trotz Energiewende
- Korrektur der Feinstaub-Grenzwerte statt Dieselfahrverbote
- Sicherung der Nahrungs- und Trinkwasserversorgung
- Hochwasser- und Katastrophenschutz
- Verursacherprinzip: Unternehmen und Banken haften für verursachte Schäden.

7. Europa & EU: Bündnis der Freundschaft stärken

Für den Corona-Wiederaufbaufond „Next Generation EU“ in Höhe von 750 Milliarden Euro nimmt die EU erstmals in ihrer Geschichte gemeinsame Schulden auf. Für die Finanzierung sind höhere Beiträge der Mitgliedsstaaten und neue EU-Steuern geplant. Der europäische Gedanke einer Völkerfamilie wird damit durch eine materialistische Fiskalunion gefährdet.

Eine starke europäische Einheit gründet auf starken Nationen. Wir wollen einen Staatenbund, keine Bundesstaaten. Einheit wächst durch Freundschaft und willentliche Annäherung der Völker, nicht durch ein forciertes Zusammenschweißen von politischen und Finanzstrukturen. Die Zuständigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten sind zu achten und wiederherzustellen. Wir stärken die Kernprinzipien der EU: Subsidiarität, Solidarität, Flexibilität und Diversität.

Weniger Regulierung, mehr Differenzierung:

- Mehr Kontrolle und Mitsprache der nationalen Parlamente
- EU-Gesetzgebung überprüfen und reduzieren
- Initiativrecht der Europäischen Kommission nur, wo die EU die volle Zuständigkeit besitzt
- EU-Budget verringern nach Austritt Großbritanniens
- Regionale Initiativen mit gemeinsamen kulturellen, historischen oder wirtschaftlichen Interessen fördern
- Fairer europäischer Binnenmarkt
- Europäische Kooperation zur Vermeidung von Arbeitsmigration
- Statt einheitlicher Eurozone flexible Umrechnungskurse
- EU-Beitritt ohne Abstriche an den Kopenhagener Kriterien
- Neben Mitgliedschaft EU-Partnerschaft möglich machen
- Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden.

8. Flucht & Migration: Recht auf Asyl sichern

Die Aufnahmekapazität einer Gesellschaft für Zuwanderer misst sich daran, inwieweit die einheimische Bevölkerung Beziehungen zu den Fremden eingeht. Sonst bilden sie Parallelgesellschaften. Die Politik kann diese Beziehungen fördern, aber nicht einfordern. Eine Zwangssolidarisierung der Gesellschaft ist zum Scheitern verurteilt. Zuwanderungsgesetze dürfen keine ausgebildeten Fachkräfte aus ärmeren Ländern anziehen und diese ausbluten.

Jeder Flüchtlingsstatus ist begrenzt, solange die Gefahr im Herkunftsland besteht. Wir wollen jungen Flüchtlingen eine gute Ausbildung geben als Kapital für ihre Rückkehr und für Veränderungen in ihrem Land. Familienanschluss und Kirchen in Deutschland können werteprägend sein, während Familien nachzug den Wertekodex der Herkunftskultur im Gastland verfestigt. Integration braucht im Miteinander das Training in freiheitlichen Grundrechten und -pflichten. Kinder ohne Eltern müssen unabhängig von ihrer Herkunft und Status geschützt werden.

Gemeinsames EU-Immigrationssystem:

- EU-Außengrenzen gemeinsam sichern
- Kontrollierte Zugänge und Recht auf Asyl garantieren
- Grenzen nationaler Toleranz gegenüber Einwanderung respektieren
- Handelsverträge und EU-Subventionen dürfen nicht den afrikanischen Märkten schaden
- In die Ausbildung junger Menschen vor Ort investieren.

9. Außenpolitik & Verteidigung: Für eine Kultur der Freiheit

Autokratische Regime in der ganzen Welt haben mit brachialen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus Menschen in Armut gestürzt. Wir unterstützen in der Außenpolitik politische und gesellschaftliche Akteure, die für Freiheitsrechte und eine Regierungsführung unter Beteiligung aller Volks- und Religionsgruppen arbeiten. Mit einer Kultur der Freiheit wird Extremismus, Islamismus und Terrorismus der Nährboden entzogen. Damit setzen wir uns am effektivsten für diskriminierte Minderheiten ein und unterstützen verfolgte Christen.

Rüstungs-, Handels- und politische Abkommen mit der Türkei, dem Iran, Saudi-Arabien und anderen Autokratien sind an die Gewährung von Religions- und Gewissensfreiheit zu binden und an die Achtung der Souveränität der Nachbarstaaten. In den zunehmenden internationalen Spannungen sind besonders die Beziehungen zu den USA, Russland und China zu klären. Für unsere Verteidigung stehen wir zu Deutschlands Verpflichtungen in der NATO zum gemeinsamen Schutz des europäischen Kontinents, nicht zu einer europäischen Armee.

Deutschland an der Seite Israels:

- Das Staatsgebiet Israels anerkennen - keine Zwei-Staaten-Lösung
- Anerkennung Jerusalems als ungeteilte Hauptstadt Israels
- Die Deutsche Botschaft nach Jerusalem verlegen
- Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran
- Die Beziehungen zu Israel in Politik und Wirtschaft, Forschung und Innovation, Kultur und Kunst, Jugendaustausch und Kirchen ausbauen
- Freiheitlich-demokratische Kräfte in den Nachbarländern unterstützen.



Bündnis C - Christen für Deutschland
 Bundesgeschäftsstelle
 Winterstraße 29
 76137 Karlsruhe

E-Mail: info@bueandnis-c.de
 Web: www.bueandnis-c.de

Protokoll des ordentlichen Bundesparteitages 2019 (Mitgliederparteitag)

am 30.11.2019 im Evangelischen Allianzhaus, Bad Blankenburg

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

10:00 **Andacht** (Victoria Schneider)

Die Macht der Worte

2. Tim 2, 23: „Aber die törichten und ungereimten Streitfragen weise ab, da du weißt, dass sie Streitigkeiten erzeugen!“

Victoria Schneider weist hin auf unsere besondere Verantwortung als Christen im Gebrauch

unserer Worte z.B. auch in sozialen Netzwerken.

Unsere Kernmotivation im Gebrauch unserer Worte sollte es sein, aufzurichten, zu ermutigen und

letztlich Gott die Ehre zu geben.

10:10 **Eröffnung des Bundesparteitages** durch die Bundesvorsitzende Karin Heepen:

Wir leben in einer spannenden und sich extrem schnell verändernden Zeit. Einerseits werden totalitäre Tendenzen sichtbar, andererseits zunehmendes Chaos. Vieles wird erschüttert. Warum? Damit das Unerschütterliche hervorkommt. Auch an Bündnis C wird dieses Erschüttern nicht vorbeigehen. Aber auch das gehört dazu, damit das Unerschütterliche – das Wort Gottes – sichtbar hervorkommt.

Heute stellt sich die Frage nach unserem Auftrag, unserer Berufung und dem „Wie“ des Weitergehens. Damit knüpfen wir an Aktivitäten des vergangenen Jahres nach der Europawahl an. Unser Auftrag ist es, aufzustehen und Gottes Stimme in der Politik hörbar zu machen. „Wenn wir nicht schreiben, werden die Steine schreien“. Dieses Wort war einer der Eindrücke, die uns ermutigen, voranzugehen. „Lasst uns Politiker machen“, war ein weiteres Wort, das Gott uns mitgegeben hat und das unsere Arbeit prägen soll.

Wir wollen tragfähige politische Lösungen herausarbeiten.

Als Partei stehen wir an einem Anfang. Wir sind wenige und werden schwerlich eine 5%-Hürde in kurzer Zeit nehmen können.

Aber es geht darum, etwas Neues in der Politik zur Geburt zu bringen. Nicht zuletzt geht es dabei um unsere Beziehung zu Israel und zum Nahen Osten.

Für diesen Focus stehen wir 3 grundlegende Aufgaben:

- Konsolidierung, Aufbau von Strukturen
- Qualitativ gute politische Lösungsvorschläge
- Training, um Politiker auszubilden und Politiker anderer Parteien in unsere Vision hineinzunehmen.

Karin Heepen schließt mit dem Wunsch nach einem Parteitag geprägt von Zuversicht, mit klarem Mut für die Zukunft unter dem Segen Gottes.

10:20 **1. Formalien**

a) Ordnungsgemäße Ladung

Die Einladung ist satzungsgemäß und fristgerecht erfolgt. Es gibt keine Gegenrede.

Vorschlag aus dem Plenum: Anmeldemöglichkeit über die Homepage.

b) Beschlussfähigkeit

Es sind 51 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Die satzungsgemäße Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

c) Wahl des Protokollführers

Vorschlag: Jürgen Graafls

Beschluss (offene Abstimmung): 50 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung

Jürgen Graafls nimmt die Wahl an.

d) Beschluss der Tagesordnung

Antrag für zusätzlichen TOP „Sonstiges“ nach TOP 10

Beschluss (offene Abstimmung): 51 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

Damit ist die Änderung beschlossen.

Abstimmung über die Annahme der Tagesordnung

Beschluss (offene Abstimmung): 51 Ja und einstimmig.

Damit ist die Tagesordnung angenommen.

e) Wahl des Versammlungsleiters

Vorschlag: Hartmut Voß

Beschluss (offene Abstimmung): 49 Ja, 0 Nein, 2 Enth.

Hartmut Voß nimmt die Wahl an und ist somit zum Versammlungsleiter bestellt.

Er bittet um einen guten Umgang miteinander. Bei Wortmeldungen die Bitte, immer den Namen und die Region nennen.

10:25 **2. Beschlussfassung über das Protokoll des Delegiertenparteitages vom 10.02.2019 in Bad Blankenburg**

Das Protokoll liegt allen vor.

Beschluss (offene Abstimmung): **44 Ja, 0 Nein, 7 Enth.**

Damit ist das Protokoll vom letzten Bundesparteitag angenommen.

10:28 **3. Aufbau der Partei auf kommunaler Ebene**

a) Impulsreferat (Matthias Kohlstedt)

Matthias Kohlstedt ist im Kreistag des Landkreises Rostock - mit 215 000 Einwohnern der viertgrößte Kreistag in Deutschland.

Sein Referat behandelt die inneren und äußeren Voraussetzungen zum politischen Erfolg auf kommunaler Ebene. Der Vortrag kann bei der Bundesgeschäftsstelle per Mail im Original-

Wortlaut bezogen werden.

Matthias Kohlstedt stellt die Parteilarbeit als Hausbau vor. Das Haus, welches auf dem

Fundament des Wortes Gottes steht und auf dem Fundament des Grundgesetzes. Das

Erdgeschoss sind die Ortsverbände, die 1. Etage sind die Kreistage, dann der Landtag, dann

der Bundestag und als Dach vielleicht bildlich das Europäische Parlament.

Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen die persönlichen Einstellungen und

Voraussetzungen stimmen und wir müssen schrittweise vorgehen.

Somit beginnt unsere Parteilarbeit bei unserem eigenen, persönlichen Engagement in unserem direkten Umfeld.

Dabei müssen wir bedenken: Nicht das Ergebnis ist der Erfolg. Der Erfolg ist das Durchhalten, das Dranbleiben, das „Durchbeißen“. Das ist es, was zu einem guten Ergebnis führen wird.

b) Rückfragen, Diskussion, Ergänzungen

Verena Thümmel: Die Hürden in Bayern zur Zulassung zur Wahl sind sehr hoch. Wie hoch sind diese in MV?
Antwort Matthias Kohlstedt: Bei den ersten Kommunalwahlen waren ebenfalls Hürden zu nehmen mit den entsprechenden Unterstützungsunterschriften.

Rainer Simon: Er weist auf das Seminar im März 2020 zum Thema „Als Laie in die Politik“ hin. Matthias Kohlstedt weist darauf hin, dass auch die Konrad Adenauer Stiftung günstig solche Seminare anbietet.

Andrea Rehwald: Es könnte ein guter Ansatz sein, auf Petitionen wie z.B. die zum Datenschutz in der Gesundheitspolitik hinzuweisen und uns auf diese Weise bekannt zu machen.

Michael Krug: Wie ist in MV die erstaunlich hohe Wählerzahl zustande gekommen?
Matthias Kohlstedt: Das Ergebnis lag bei 0.8-1.2% im Kreistag. Es gab kaum Veranstaltungen in Räumen christlicher Gemeinden, da diese im politischen Zusammenhang eher zurückhaltend sind. Im Wesentlichen war es Mund-Propaganda. „Es ist Fuß-Arbeit.“

11:10 4. Entwurf Gesundheitspolitisches Programm

Einleitung (Karin Heepen)
Autoren:

Frank Brandenberg
Vertriebsdirektor bei Care Concept AG
Studium Wirtschaftspädagogik an der Universität Köln
Ehrenamtlich im Kampf gegen die Tötung ungeborener Kinder im Mutterleib tätig
Seit 2004 ehrenamtlich Geschäftsführer der Christlichen Kooperationsbörse GmbH
Mitglied ICCG (International Council of Christians in Commerce)
Verheiratet, zwei Töchter und lebt in Grafenschaft bei Bonn

Dr. Wolfgang Rathmann
Institut für Biometrie und Epidemiologie, Deutsche Diabetes-Klinik des Deutschen Diabetes-Zentrums Düsseldorf, Epidemiologie und Public Health des Typ 2 Diabetes, Pharmakoepidemiologie und Pharmakoökonomie
• Mehr als 40 wissenschaftliche Originalveröffentlichungen und Buchbeiträge.
• Reviewer für internationale Zeitschriften (Diabetic Medicine, Diabetologia)
• Lehrbeauftragter im Studiengang Public Health der Universität Düsseldorf
Nicht Mitglied Bündnis C

Historie des Konzepts: Die Autoren sind 2017 auf Karin Heepen zugekommen und haben Interesse bekundet, das Programm zu erarbeiten.

a) Vorstellung des Programms (Frank Brandenberg)

Frank Brandenberg spricht zunächst über seine Motivation und den Initialzündler für sein persönliches und Firmenengagement. Ein wesentliches Thema wurde für ihn der Schutz des ungeborenen Lebens. Da die Krankenversicherer (private und öffentliche) Finanzierer der Abtreibung sind, aber nur als ausführende Organe der gesetzlichen Vorgaben, müssen die Anweisungen zum Lebensschutz letztlich direkt aus dem Gesundheitsministerium bzw. der Legislative kommen.

Was liegt im Argen im Gesundheitssystem?
Der Schutz des ungeborenen Lebens als der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft ist das vornehmliche Ziel und die wichtigste Aufgabe unseres politischen Handelns.
In Deutschland haben wir eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, das aber auch gefährdet ist. Gründe: Geringe Entlohnung von Ärzten und Pflegekräften, Gefährdung der flächendeckenden Versorgung und der qualitativen und quantitativen Abdeckung unserer Medikamentenversorgung durch die Globalisierung.

Beispielhafte Punkte aus dem Programm:

- o Fundament ist das Menschenbild in der Ebenbildlichkeit Gottes.
- o Unser Verständnis von Krankheit (Selbstverantwortung vs. Recht auf Gesundheit)
- o Schnittstellen zu anderen politischen Bereichen (Finanzen, Justiz, ...)
- o Selbstfinanzierung des Systems ohne Subventionen
- o Fokussierung der Leistungserbringung auf Bürger im Bundesgebiet.
- o Einhaltung moralischer Grenzen (Genforschung, Reproduktionsmedizin, Lebensrecht, ...)
- o Komplexitätsreduktion, Bürokratieabbau
- o Würdevolle Begleitung alter Menschen von Pflege bis Palliativmedizin

Frank Brandenberg liest aus 2Tim 4,2-5: „Verkünde die Botschaft Gottes! Tritt für sie ein, ob sie erwünscht ist oder nicht.“ (NGÜ) Siehe auch Phil 2,15; Ps 82,3.

Ziel des Konzept-Entwurfes ist es, möglichst nah an Gottes Wort zu sein, Netzwerke zu anderen Christen und Netzwerken der Branche sowie Netzwerke zu Christen in anderen Parteien zu entwickeln.

Um einen Unterschied machen zu können, müssen wir auf unsere Einheit achten. Uneinigkeit wird zum Zerbruch führen. Der Druck von außen wird wachsen. Aber solange wir unsere Einheit schützen, wird uns das nicht schaden.

Mt 6,33: Unsere Aufgabe ist zuerst, Sein Reich zu bauen und seine Gerechtigkeit zu suchen und Gott wird alles andere versorgen.
Abschluss mit Gebet.

b) Änderungsanträge

Antrag von Peter Reizlein vom 06.11.2019 per eMail:

Änderungsantrag:

Der Aufzählungspunkt Nr. 4 e ist zu streichen.

Begründung:

1. „gerechte und faire Preise“ sind unbestimmte „Wieselworte“. Es gibt keine Instanz und keinen Maßstab, die festlegen, welche Preise „gerecht“ oder „fair“ sein können. Zudem sollen sich Politiker, Krankenkassen und Pharmafirmen zusammensetzen, um Preise zu besprechen, auszuhandeln und festzulegen?
2. Pharmazeutische Forschung ist mit hohem finanziellen Aufwand und hoher Ungewissheit im Hinblick auf den Erfolg verbunden. Es rechnet sich nur, wenn die wenigen neuen und fortschrittlichen Medikamente auch ausreichend bepreist werden können, um die vergeblichen Forschungsaufwendungen zu kompensieren. Wenn diese Ertragsperspektive wegfielen, dann würde auch vielfach die Forschung wegfallen – siehe aktuelle Berichte zur Antibiotika-Forschung.

„Doch viele Pharmakonzerne haben die Antibiotika-Forschung eingestellt: Mehrere Firmen, unter anderem Bristol-Myers Squibb, Abbott, Eli Lilly, Wyeth, Aventis und Bayer sind bereits

vor mehr als zehn Jahren ausgestiegen. Erst kürzlich haben drei weitere große Unternehmen - AstraZeneca, Sanofi und Novartis - die Entwicklung von Antibiotika gestoppt. Und auch der weltgrößte Gesundheitskonzern Johnson & Johnson bestätigte dem NDR, dass er keine weiteren, neuen Antibiotika entwickle.“
 Quelle: <https://www.ndr.de/ratgeber/gesundheit/Antibiotika-Forschung-Warum-Unternehmen-aussteigen.antibiotika586.html> (16.09.19)

Der Antrag wurde vorgestellt, es wurde jedoch nicht darüber abgestimmt.
 Grund: Das Programm ist ein Entwurf und noch keine Beschlussvorlage. Der Antrag wurde somit zur Beachtung empfohlen.

c) Aussprache

Thomas Lamowski:
 Anregung zu Punkt 2e: Hier wäre eine Erwähnung auch finanzieller Förderungen für Familien sicher sinnvoll. Gerade in sozialen Härtefällen kann aufgrund der Berufstätigkeit beider Elternteile die Bindung leiden.
 Antwort: Dies ist ein Beispiel für eine Schnittstelle zum Sozialpolitischen Programm.

Frage zu Punkt 5c: Wie würde das Rentner treffen, die ihren Lebensabend im Ausland verbringen sollten?
 Antwort: Auch in diesem Bereich gibt es private Versicherungsangebote im KV-Bereich. Diese könnten von Rentnern genutzt werden. Ein privater Schutz würde stets ausreichen. Die GKV bildet keine Rücklagen für das Alter.

Frage zu Punkt 7 „Wir halten fest, dass das deutsche Gesundheitssystem ... nicht durch Asylananten gefährdet ist ...“: Ist das wirklich so? Dort liegt doch definitiv eine Gefährdung.
 Antwort: Natürlich ist dies kritisch zu beurteilen, da Menschen ohne Einzahlung ins System komplett durch das System getragen werden. Aber es geht darum, hier einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Auch dies könnte mit dem privaten System abgebildet werden. Im Fall der Lebensbedrohlichkeit würden Leistungen übernommen, auch wenn das Leistungspaket klar definiert ist. Ob eine kostenlose Versicherung inkl. Vorerkrankungen abgedeckt sein muss, ist fraglich.

Torsten Wegner:
 Frage: Sollten wir nicht Unterschiede machen für Leute, die ins Ausland geheiratet haben und mit ihren Partnern nach DE kommen? Sollte dann die GKV nicht auch für die ausländischen Partner greifen?
 Antwort: Wer nach DE kommt, kann bis zu 5 Jahre in einer PKV versichert werden. Wenn sie dann einen Arbeitsplatz annehmen, können sie in die GKV wechseln.

12:00 Mittagspause

13:15 Fortsetzung TOP 4 c)

Johann Sliwa:
 Frage zu Punkt 4e: Entgegen dem Antrag von Peter Reizlein tritt er dafür ein, den Text so zu lassen, wie es hier beschrieben ist. Die Forschung in diesem Bereich gehört an die Universitäten und die Ergebnisse weitergegeben an die Pharma-Industrie, die dann preiswerter entwickeln und produzieren kann. Sein Anliegen ist, den Antrag von Peter Reizlein abzulehnen.
 Antwort: Dem ist nichts hinzuzufügen.

Torsten Krause:

Frage: Er verleiht seinem Schrecken Ausdruck, dass dieses Dokument menschenverachtend wirkt. Manche Formulierungen (Krankheiten sind selbstverschuldet) sind für sein Empfinden zu hart. Seiner Meinung nach müssten Geburten, Kinder und alte Leute aus der finanziellen Betrachtung ausgeklammert werden. Diese können nie „rentabel“ sein.
 Wir als Bündnis C sollten dafür stehen, dass sich alle an der grundlegenden Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen müssen.

Antwort: Einladung an alle, aktiv mitzuwirken. Das Ziel des Programmes ist im Übrigen nicht, die Systemtrennung PKV/GKV aufzulösen, da sie sich bewährt hat.

Andrea Rehwald:

Wenn sich die Trennung der beiden KV-Systeme so bewährt hat, wie behauptet, dann müsste die Benachteiligung der GKV-Patienten ein Ende haben.

Klaus-Dieter Schlottmann:

Stichwort „menschenverachtend“: Es muss berücksichtigt werden, dass es hier im Konzept darum geht, unsachgemäßen Umgang mit unserer Gesundheit zu adressieren. Es muss möglich sein, konkret Varianten dieses Fehlverhaltens beim Namen zu nennen.

Wolfgang Peukert:

Dienen und Liebe sind zwei wichtige Faktoren des Konzepts. Es muss uns gelingen, in dieser dienenden Liebe füreinander und andere da zu sein.

Frank Brandenburg stellt abschließend fest, dass er gerne für weitere Fragen zur Verfügung steht.

13:30 5. Anträge 1-3 des Bundesvorstandes: Satzungsänderungen

Es sind 50 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Antrag 1 (Satzungsänderung):

Der Bundesparteitag am 30.11.2019 in Bad Blankenburg möge die folgende Änderung in der Finanzordnung § 2 (5) beschließen:

- (5) **Erläss bzw.** Ermäßigung oder Stundung von Beiträgen: Mitgliedsbeiträge können auf Antrag des Mitgliedes **erlassen**, ermäßigt oder deren Zahlung gestundet werden. Dies gilt besonders für Mitglieder mit sehr geringen Einkommen oder – auch vorübergehend – in Not geratene Mitglieder. Über den Antrag entscheidet der zuständige Landesvorstand. Für den Fall, dass ein Landesvorstand nicht existiert, oder sonstige Hinderungsgründe vorliegen, entscheidet der Bundesvorstand. Die Bundesgeschäftsstelle und das Mitglied werden unverzüglich über den Beschluss benachrichtigt. Die Geschäftsstelle passt die Beitragsüberwachung entsprechend an. **Beitragsbefreiungen und** -ermäßigungen werden grundsätzlich für ein Jahr ausgesprochen. Dem Mitglied wird in der Benachrichtigung mitgeteilt, dass nach Ablauf der festgesetzten Frist grundsätzlich wieder eine Beitragspflicht entsteht, es sei denn, der zuständige Vorstand beschließt auf Antrag erneut eine **Befreiung**, Ermäßigung oder Stundung.

Wird wie folgt geändert:

- (5) Ermäßigung oder Stundung von Beiträgen: Mitgliedsbeiträge können auf Antrag des Mitgliedes ermäßigt oder deren Zahlung gestundet werden. Dies gilt besonders für Mitglieder mit sehr

geringen Einkommen oder – auch vorübergehend – in Not geratene Mitglieder. Über den Antrag entscheidet der zuständige Landesvorstand. Für den Fall, dass ein Landesvorstand nicht existiert, oder sonstige Hinderungsgründe vorliegen, entscheidet der Bundesvorstand. Die Bundesgeschäftsstelle und das Mitglied werden unverzüglich über den Beschluss benachrichtigt. Die Geschäftsstelle passt die Beitragsüberwachung entsprechend an. Beitragsermäßigungen werden grundsätzlich für ein Jahr ausgesprochen. **Ausgenommen davon sind Rentner.** Dem Mitglied wird in der Benachrichtigung mitgeteilt, dass nach Ablauf der festgesetzten Frist grundsätzlich wieder eine **volle** Beitragspflicht entsteht, es sei denn, der zuständige Vorstand beschließt auf Antrag erneut eine Ermäßigung oder Stundung.

- a) **Aussprache**
 Johann Sliwa: Vorschlag, auch den Invaliden oder Pflegebedürftigen mit einzubeziehen.
 Ute Büschkens: Invalidität und Pflegebedürftigkeit ist nicht dauerhaft festgelegt.
 Birgit Graafs: Begrüßt den Antrag in der vorliegenden Formulierung.
 Klaus-Dieter Schlotmann: Er regt an, den Beitrag nicht auf eine absolute Untergrenze festzulegen, sondern eine Staffelung vorzusehen.
 Mathias Scheuschner: Antrag ist mit einer absoluten Untergrenze formuliert. Jedes Mitglied hat die Möglichkeit, einen darüber liegenden Beitrag zu leisten. Es ist schier unmöglich, alle möglichen Eventualitäten abzubilden.

- b) **Beschlussfassung**
Beschluss: 50 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung

Antrag 2 (Satzungsänderung):

Der Bundesparteitag am 30.11.2019 in Bad Blankenburg möge die folgende Änderung in der Finanzordnung § 3 (5) und (6) beschließen:

- (5) Nach zwei vergeblichen Mahnungen wird das Mitglied gemäß § 2.6 b der Satzung gestrichen, wenn der Aufenthaltsort eines Mitglieds unbekannt ist. Zunächst ist eine Einwohnermeldeamtanfrage an das Einwohnermeldeamt des zuletzt bekannten Wohnsitzes des Mitglieds zu richten. Ist das Mitglied auch unter der in der Antwort genannten (neuen) Adresse nicht zu erreichen, erfolgt die Streichung des Mitglieds durch den zuständigen Vorstand. Die Bundesgeschäftsstelle hat Datum und sonstige Unterlagen der Streichung in der Mitgliedsakte zu dokumentieren. Das Mitglied ist – soweit die Adresse bekannt ist – über die Streichung zu informieren.

- (6) Die Information ergeht an die letzte bekannte Adresse des Mitglieds. Wird eine Einwohnermeldeamtanfrage erforderlich, um ein säumiges Mitglied auffindig zu machen, so sind die entstehenden Kosten der EMA ebenfalls vom säumigen Mitglied zu zahlen.

Werden wie folgt geändert:

- (5) Nach zwei vergeblichen Mahnungen wird das Mitglied gemäß § 2.6 b der Satzung gestrichen. Die Bundesgeschäftsstelle hat Datum und sonstige Unterlagen der Streichung in der Mitgliedsakte zu dokumentieren. Das Mitglied ist – soweit die Adresse bekannt ist – über die Streichung zu informieren. Die Information ergeht an die letzte bekannte Adresse des Mitglieds.

- a) **Aussprache**
 Michael Krug: Rentiert es sich, wegen eines minimalen Mitgliedsbeitrags säumige Mitglieder aktiv auszuschließen? => Karin Heepen: Ein Nachtelefonieren steht allen Landesverbänden frei.

Annette König: Der Nachbar stiehlt die Post. In einem solchen Fall erreicht eine Mahnung den Gemahnten nicht. => Mathias Scheuschner: Seine Erfahrung war, dass ein Durchtelefonieren der betroffenen Mitglieder nicht wirklich zu einem sinnvollen Ziel geführt hat. Das ist der Grund, warum er das vorgeschlagene Verfahren bevorzugt und begrüßt.
 Torsten Krause: Man könnte statt Mahnung auch Zahlungserinnerung sagen. Mahnung klingt vielleicht zu hart.

- b) **Beschlussfassung**
Beschluss: 50 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung

Antrag 3 (Satzungsänderung):

Der Bundesparteitag am 30.11.2019 in Bad Blankenburg möge die folgende Änderung in Satzung § 2.7 beschließen:

§ 2.7 Die Mitgliedschaft endet durch

- a) schriftlich erklärten **und eigenhändig unterschriebenen** Austritt,

Wird wie folgt geändert:

§ 2.7 Die Mitgliedschaft endet durch

- a) schriftlich erklärten Austritt,

- a) **Aussprache**
 Ohne Namensnennung: Bittet um inhaltliche Erklärung zum besseren Verständnis. Erklärung wurde abgegeben.

- b) **Beschlussfassung**
Beschluss: 46 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltung

13:45 **6. Anträge 4-6 des Bundesvorstandes: Auflösung der Bundesarbeitskreise**

Antrag 4:

Der Bundesparteitag am 30.11.2019 in Bad Blankenburg möge die Auflösung des Bundesarbeitskreises Familie und Lebensrecht nach Satzung § 24.6 beschließen.

- a) **Aussprache**
 Thorsten Wegner: Familie und Erziehung ist eigentlich ein wichtiges Thema für uns als Partei. Warum soll der Arbeitskreis aufgelöst werden? Und wo liegt der Unterschied zur Arbeitsgruppe Karin Heepen: Die Arbeitskreise haben sich als nicht funktionsfähig erwiesen. Wer an einem Thema arbeiten will, kann sich frei und organisch zusammenfinden. Gelingt dies, kann daraus ein Bundesarbeitskreis entstehen.
 Ein Bundesarbeitskreis unterliegt definierten Regeln und die bisherigen Arbeitskreise konnten dieser Definition nicht genügen.

- b) **Beschlussfassung**
Beschluss: 46 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltung

Antrag 5:

Der Bundesparteitag am 30.11.2019 in Bad Blankenburg möge die Auflösung des Bundesarbeitskreises Wirtschaft und Finanzen nach Satzung § 24.6 beschließen.

- a) Aussprache
Keine Beiträge

- b) Beschlussfassung

Beschluss: 46 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltung

Antrag 6:

Der Bundesparteitag am 30.11.2019 in Bad Blankenburg möge die Auflösung des Bundesarbeitskreises Medien- und Bildungspolitik nach Satzung § 24.6 beschließen.

- a) Aussprache
Keine Beiträge

- b) Beschlussfassung

Beschluss: 48 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltung

13:55 **7. Berichte des Bundesvorstandes und Entlastung**

a) Rechenschaftsberichte der Vorstandsmitglieder und Rückfragen

Karin Heepen (Vorsitzende):

Karin Heepen stellt Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit sowie der Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen zwei Jahren vor. Diese waren wesentlich geprägt von der Europawahl.

1. Inhaltliche Arbeit
 - o Europawahlprogramm war maßgebliches Element
 - Juni 2018: Wochenendseminar zum Wahlprogramm
 - Vorstellung des Programms am BPT 2018
 - Verabschiedung des Programms beim DelPT im Februar 2019
 - o Erstellung Gesundheitspolitisches Programm
 - Zwei Jahre Arbeit, Ergebnis wurde heute vorgestellt.
 - o Beiträge zu Wirtschafts- und Sozialpolitik, Flüchtlingspolitik, Klimadebatte.
 - Beiträge wurden auf Homepage veröffentlicht.
 - Basis für alle Themen war Relational Thinking, vorgestellt am BPT 2017
 - 2. Öffentlichkeitsarbeit
 - o 3-4 Eindruck-Hefte pro Jahr
 - o Monatlicher Newsletter
 - o Statements auf Website und Facebook
 - o Pressemitteilungen
 - o 2018 keine Anzeigen aus finanziellen Gründen, 2019 nur im Bundesverlag
 - 3. Aktionen
 - o Petition zur türkischen Invasion in Afrin
 - o Petition „Hände weg von Therapiefreiheit“ => 12 000 Unterschriften erzielt. Wurde an BGM und Bundesrat verschickt => Keine Antwort vom BGM.
 - o Offener Brief an Gesundheitsminister Jens Spahn (Kampagne Liebesleben)

Protokoll Bundesparteitag Bad Blankenburg 30.11.2019 Bündnis C – Christen für Deutschland

4. Veranstaltungen
 - o Januar 2018: Mit Sallux-Stand bei der MEHR-Konferenz mit Gastrednern
 - o November 2018 Gemeinde-Israel-Kongress
 - o Januar 2019 Allianztag Karlsruhe
 - o Februar 2019 KfF Karlsruhe
 - o ACP-Tagungen 2018 und 2019
5. Europawahlkampf
 - o Siehe Foliensatz (Beilage)
6. Vertretung der Partei nach außen:
 - o ECPM-Kampagne mit Bündnis C für die Europawahl
 - o Von Vorarbeit der ECPM für unser Europawahlprogramm profitiert durch ECPM-Visiondokument
 - o Mitgliederversammlungen immer im Dezember in Brüssel, Mai 2018 in Bratislava, Juni 2019 in Moldawien
 - o Mai 2018 Resolution des BPT 2017 zum Gottesbezug im Lissabon-Vertrag beschlossen
 - o 5. Dez 2019 Vorlage der Resolution zur türkischen Invasion in Nordost-Syrien
 - o Zusammenarbeit mit anderen europäischen Parteien und Sallux
 - o Kooperationsprogramm europäischer Parteien im Irak für politische Bildung christlicher u. a. Minderheiten im Nordirak: Programm entwickelt, Federführung DTRC Europe. 2017 unterbrochen wegen Referendum, 2018 Kooperationskurs mit Christen Unie immer wieder abgesetzt
 - o Mitarbeit am Strategiepapier der ECPM für 2019 – 2024
7. Bundesgeschäftsstelle
 - o Konnte besetzt werden mit Daniel Gräber und ist nun ausgebaut auf 30 Std. / Woche
 - o Umzug in neue Räume
8. Datenschutz:
 - o Berufung unseres Datenschutzbeauftragten
 - o Schulungen zum Datenschutz fanden statt
 - o Anpassung Website + Verträge mit Dienstleistern
 - o Anpassung Mitgliederverwaltung + Email
9. Unterstützung Landesverbände
 - o 2017 Neugründung LV Schleswig-Holstein. Leider durch Austritte derzeit kein gültiger Vorstand.
 - o Landesverband Berlin existiert aktuell nicht.
 - o NRW Vorstand trat wegen DSGVO zurück. Aktuell keine Neuwahl möglich.
 - o Aktuell 7 Landesverbände.
 - o Landtagswahlen
 - Hessen nahm 2018 an der Landtagswahl teil.
 - Landtagswahlteilnahme in Bayern scheiterte aufgrund hoher formaler Hürden.
 - Sachsen hat leider die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die LTW nicht erhalten.
 - o Kommunalwahl Meck.-Pomm.: Wir gratulieren Matthias Kohstedt zur Wiederwahl.
10. Vorstandsarbeit allgemein
 - o Vorstandssitzungen alle 3 Monate
 - o Telefonkonferenzen alle 2 Wochen
 - o Rücktritte: Nadja Uhrmeister, Hermann Bohnenkamp, Andreas Wolf
 - o Aktuell BuVo 7 Mitglieder
11. Fazit
 - o Dank an Bundesvorstand für die Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren.
 - o Es gelang nicht, die Arbeit im BuVo zu verteilen. Das muss sich ändern.

Victoria Schneider überreicht zum Dank einen Blumenstrauß an unsere Bundesvorsitzende.

Protokoll Bundesparteitag Bad Blankenburg 30.11.2019 Bündnis C – Christen für Deutschland

Ute Büschkens-Schmidt (Stellv. Vorsitzende)

In ihrer Verantwortung lag die Organisation der Großplakate während der Europawahl. Die Aktion war erfolgreich. Wir wurden in 5 Artikeln von Zeitschriften erwähnt. Der Schwerpunkt des geleisteten Engagements lag auf organisatorischen Arbeiten. Urlaubsvertretung für die BGS.

Matthias Scheuschner (Stellv. Vorsitzender):

M. Scheuschner hätte Karin Heepen gerne intensiver unterstützt. Zu seinen Tätigkeiten gehörte der Kontakt zum Bundeswahlleiter. Wesentlich war auch die Mitarbeit an diversen rechtlichen Problemen.

Rückfragen:

Torsten Krause: Wie konnte es passieren, dass der BuVo die BAK nicht aktiv halten konnte?

Auch ist unklar, bei wem man Ideen für programmatische Arbeit einbringen kann.

Wunsch: Bitte mehr Augenmerk auf die programmatische Mitarbeit der Mitglieder.

Verena Thümmel: Als Vorsitzende eines der Arbeitskreise ist zu sagen, dass viel gearbeitet wurde, es aber schwierig war, das Team zusammen zu halten und neben der

Verantwortung in anderen Rollen die Führungsrolle im Team umfassend wahrzunehmen.

Victoria Schneider: Es fehlen Mitarbeiter und es fehlt Knowhow, um eine BAK-Arbeit erfolgreich voranzutreiben.

Matthias Scheuschner: Wir sollten berücksichtigen, dass die meisten Mitarbeiter sich ehrenamtlich engagieren. Das sollte uns gnädig stimmen, auch wenn wir uns mehr Engagement in der Breite der Parteibasis wünschen würden.

Rainer Simon: Welche Art von Leserbriefen wären nützlich? Fachliche Beiträge oder auch

Anfragen an Zeitschriften, welche die Position z.B. von Bündnis C als Partei anfragen? =>

Antwort Karin Heepen: Zweites. Es hilft natürlich, wenn Anfragen von Lesern an die Verlage gehen.

Zweite Frage: Besteht die Möglichkeit eines Standes am Ev. Kirchentag?

=> Karin Heepen: Nein, die Möglichkeit wird uns nicht gegeben.

Andreas Wolf: BAK Medien- und Bildungspolitik hat nicht funktioniert, da auch die Kommunikation der Mitarbeiter schwierig umzusetzen war. Er dankt dem BuVo dafür, ihn von seiner Arbeit im Rahmen des Europawahlkampfes freigestellt zu haben.

Michael Krug: Themen wie Familie, Bildung, ... sind wichtige Elemente unserer parteiischen Positionen. Appell, innovative Konzepte zu entwickeln, effektiv und unter Einsatz moderner Technologien virtuelle Arbeitsgruppen aufzubauen und diese grundlegenden Themen voranzutreiben. Er weist auf das „Konzept 2022“ hin, in dem Ideen zur modernen Zusammenarbeit formuliert sind.

Arne Gericke: Dank für die Aufnahme und die Zusammenarbeit in Bündnis C. Insbesondere Dank an Karin Heepen für ihren außerordentlichen Einsatz während des Wahlkampfes rund um die Europawahl. Enttäuschung über Kontakte in die Gemeinden hinein. Hier hätte er mehr Resonanz erwartet.

Thomas Wiethe: Dank an Arne Gericke. Er weist darauf hin, dass es durchaus Gemeinden gab, die sehr offen für politische Veranstaltungen und Kontakte mit uns gewesen sind. Besonders zu erwähnen sind hier die Migranten-Gemeinden.

Wolfgang Peuckert fragt, ob die Möglichkeit besteht, am kommenden Gesundheitskongress einen Stand zu organisieren => Diese Frage wird aufgenommen und geklärt.

Geschäftsordnungsantrag: Schließung der Rednerliste

Beschluss: 50 Ja, 0 Nein, 0 Enth.

Rednerliste wird geschlossen.

b) Finanzbericht 2018 und laufendes Geschäftsjahr, Rückfragen und Bericht der Rechnungsprüfer

Karin Heepen:

Aufgrund des Rücktritts der Bundesschatzmeisterin übernahm Friedemann Hetz diese Aufgaben als Stellvertreter der Bundesschatzmeister.

Antje Steffes ist angestellt für die Buchhaltung.

2017 Jahresverlust von ca. 12 000 Euro

2018 außerordentlicher Sparzwang

Ende 2018 Überschuss von ca. 30 000 Euro

2019 Beitragserhöhung

Budget für Wahlkampf Europawahl 50 000 Euro aus Bundesverbandskasse

ECPM -Veranstaltungen waren mit insgesamt 20 000 Euro bezuschusst

Jahresverlust bisher ca. 20 000 Euro

Aktueller Kassenstand aktuell ca. 18 000 Euro

Spendenaufkommen seit September 2019 rückläufig.

Dank an Antje Steffes für ihre Buchführungsarbeit sowie an Friedemann Hetz als Stellv. Schatzmeister.

Der Kassenprüfbericht liegt vor:

Manfred Schmidt und Samuel Weiss bestätigen die ordnungsgemäße Kassenführung.

Fragen: keine

c) Entlastung des Bundesvorstandes für die abgelaufene Amtszeit

Klaus-Dieter Schlottmann stellt Antrag auf Entlastung des Bundesvorstandes für die Amtszeit 2017 bis 2019.

Anwesende Stimmberechtigte: 50 Mitglieder

Beschluss (offene Abstimmung): **47 Ja, 0 Nein, 3 Enth.**

Entlastung einstimmig erteilt.

15:00 Kaffeepause

15:25 **8. Neuwahl des Bundesvorstandes**

Es sind 50 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

a) Wahl eines Wahlausschusses (Wahlleiter und Wahlhelfer)

Vorschlag Wahlleiter: Klaus-Dieter Schlottmann

Vorschlag Wahlhelfer: Torsten Krause, Emil Weigand

Beschluss (offene Abstimmung): **50 Ja, 0 Nein, 0 Enth.**

Damit ist der Wahlausschuss einstimmig gewählt.

Gegenrede Mathias Scheuschner:
Antje Steffes macht einen hervorragenden Job in der Buchhaltung, wofür wir ihr dankbar sind. Da sie aber angestellt ist, kann sie gemäß Satzung nicht gleichzeitig in den Bundesvorstand gewählt werden. Angestellte der Partei dürfen lt. Satzung nicht Mitglied des Vorstands sein. Die Kandidatur von Antje Steffes wird darum herausgenommen.

Friedemann Hetz:
Er stellt sich kurz vor.

Beschluss (geheime Abstimmung): **41 Ja, 5 Nein, 3 Enth.**
Friedemann Hetz wird mit absoluter Mehrheit zum Bundesschatzmeister gewählt.
Er nimmt die Wahl an.

Anwesende Stimmberechtigte: 45 Mitglieder

Wahlvorschlag Stellvertretender Bundesschatzmeister:

Andrea Rehwald:
Sie stellt sich kurz vor.

Beschluss (geheime Abstimmung): **42 Ja, 1 Nein, 2 Enth.**
Andrea Rehwald wird mit absoluter Mehrheit zur Stellvertretenden Bundesschatzmeisterin gewählt.
Sie nimmt die Wahl an.

e) Wahl der Beisitzer im Bundesvorstand
Wahlvorschläge mit jeweils kurzer Vorstellung:

Heinrich Benz (vorgestellt von Karin Heepen)

- Themen: IT-Koordination und IT-Verwaltung
 - Schnittstelle zum Bereich Kommunikation
 - Zum Thema Interessenskonflikt als Datenschutzbeauftragter:
- Gemäß DSGVO gibt es keine Konflikte, da er nur Leserechte haben wird und keinen Zugriff auf personenbezogene Daten erhalten wird.

Aussprache:

Aufgrund der rechtlichen Situation und Präzedenz-Fällen (2016) wird eine Wahl zum Beisitzer als kritisch beurteilt. Vorschlag von Birgit Graafs, auf seine Wahl zu verzichten, ihm aber als Bereichsleiter dennoch die Aufgabe zu erteilen. Es werden verschiedene Möglichkeiten diskutiert und die Frage erörtert, ob die Bewerbung überhaupt zulässig ist.

Nach Rücksprache mit Heinrich Benz: Er stellt fest, dass nach Rücksprache seinerseits mit diversen Fachjuristen mit der DSGVO die erwähnten Urteile der Vergangenheit hinfallig sind und seiner Kandidatur insbesondere unter den genannten Prämissen nichts im Wege steht.

Johann Sliwa:

- Unterstützung bei Verbandsgründungen in Bayern, Thüringen und Sachsen
- Protokollführung Bundesvorstand

Rückfrage Karin Heepen, ob Verfügbarkeit tatsächlich in ausreichendem Maß vorhanden ist und ob Interessenskonflikt Landesverband und Bundesverband nicht zu Problemen führen könnte.

Protokoll Bundesparteitag Bad Blankenburg 30.11.2019 Bündnis C – Christen für Deutschland

b) Wahl des Bundesvorsitzenden

Wahlvorschlag: **Karin Heepen**

Kurzvorstellung mit Definition der Ziele für die nächsten 2 Jahre:

- Programmentwicklung, fachliche Unterstützung von Arbeitsgruppen
- Verantwortung Parteipublikationen
- Außendarstellung und Vertretung der Partei nach außen
- Vernetzung mit anderen Organisationen und geistlichen Leitern im Land wie auch im Ausland.
- Koordination Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit
- Das operative Geschäft kann nicht an einer Person bzw. an ihr hängen und muss im Vorstand verteilt werden.

Beschluss (geheime Abstimmung): **46 Ja, 1 Nein, 3 Enth.**
Karin Heepen wird mit absoluter Mehrheit zur Bundesvorsitzenden gewählt.
Sie nimmt die Wahl an.

c) Wahl von zwei stellvertretenden Bundesvorsitzenden

Wahlvorschläge mit jeweils kurzer Vorstellung:

Ute Blüschkens-Schmidt:

Vorstellung:

- Blick nach innen, Aufbau von Gliederungen, Gewinnung von Mitgliedern
- Unterstützung Bundesländer / Landesverbände
- Betreuung Bundesgeschäftsstelle

Anwesende Stimmberechtigte: 49 Mitglieder

Beschluss (geheime Abstimmung): **44 Ja, 4 Nein, 1 Enth.**
Ute Blüschkens-Schmidt wird mit absoluter Mehrheit zur Stellv. Bundesvorsitzenden gewählt.
Sie nimmt die Wahl an.

Mathias Scheuschner:

Vorstellung:

- Aufgrund des Rückzugs eines anderen Kandidaten hat er sich bereit erklärt, sich ein weiteres Mal zur Wahl zu stellen.
- Zeitlich nicht mehr Möglichkeiten als bisher, aber Bereitschaft sich aktiv einzubringen
- Fokus auf rechtliche Themen, kaufmännische Themen
- Kontakt Bundeswahlleiter

Beschluss (geheime Abstimmung): **38 Ja, 6 Nein, 5 Enth.**
Mathias Scheuschner wird mit absoluter Mehrheit zum Stellv. Bundesvorsitzenden gewählt.
Er nimmt die Wahl an.

d) Wahl Bundesschatzmeister und Stellvertreter

Wahlvorschläge für Bundesschatzmeister:

Friedemann Hetz
Antje Steffes

Protokoll Bundesparteitag Bad Blankenburg 30.11.2019 Bündnis C – Christen für Deutschland

Anwesende Stimmberechtigte: 47 Mitglieder

Vorschläge ergänzende Wahlhelfer: Levi Stoll und Eva Vieweg
Es wird im Block gewählt:
Beschluss (offene Abstimmung): **41 Ja, 0 Nein, 2 Enth., 4 nicht abgegeben**
Damit besteht der Wahlausschuss nun aus fünf Personen.

16:45 **9. Wahl der zwei Rechnungsprüfer + Ersatzpersonen**
Zur Wahl stehen Emil Weigand und Reinhard Köbsch.
Ersatzperson: Hartmut Voß

Abstimmung über Verfahren: Es wird einstimmig für offene Abstimmung gestimmt.

Anwesende Stimmberechtigte: 45 Mitglieder

Die Kassenprüfer und Ersatzpersonen werden im Block gewählt:
Beschluss (offene Abstimmung): **41 Ja, 0 Nein, 2 Enth., 2 nicht abgegeben**
Emil Weigand, Reinhard Köbsch und Hartmut Voss (Ersatz) nehmen die Wahl an.

17:25 **10. Neuwahl Bundesschiedsgericht**

Wahlvorschlag:
Hans-Georg Rieger
Birgit Graalfs
Hans-Peter Oberkinkhaus

Die Kandidaten stellen sich kurz vor.

Abstimmung über Verfahren: Es wird einstimmig für offene Abstimmung gestimmt.

Anwesende Stimmberechtigte: 41 Mitglieder

Das Bundesschiedsgericht wird im Block gewählt:
Beschluss (offene Abstimmung): **39 Ja, 0 Nein, 2 Enth.**
Hans-Georg Rieger, Birgit Graalfs, Hans-Peter Oberkinkhaus nehmen die Wahl an.

17:35 **11. Sonstiges**

Michael Krug: Er vertritt das Anliegen, auf Bundesebene zu besprechen, wie das Thema Lebensrecht weiterverfolgt werden kann. Grund ist die Befürchtung, dass das Thema untergehen könnte.

Hartmut Voß erläutert, dass die Auflösung der BAK satzungsrechtliche Gründe hat. Es spricht nichts dagegen, das Thema in Form von Arbeitsgruppen voranzutreiben und auszuarbeiten. Eine Vernetzung mit weiteren Interessenten an dieser Arbeitsgruppe kann über die Geschäftsstelle erfolgen.

Andrea Rehwald: Sie fasst den Sachverhalt nochmals mit anderen Worten zusammen.

Victoria Schneider:

- Fortführung der bisherigen Aufgaben (Mitgliederwerbung, diverse Unterstützungsaufgaben)

Verena Thümmel:

- Aufbau von Landesverbänden => Fokus NRW
- Sie war bislang Vorsitzende des Landesverbandes Bayern. Dieses Amt hat sie abgegeben und ist nun Stellv. Vorsitzende, um so mehr Zeit in eine mögliche Arbeit im Bundesvorstand investieren zu können.

Micha Schlittenhardt (vorge stellt von Karin Heepen):

- Öffentlichkeitsarbeit
- Interne Kommunikation

Thomas Wiethé:

- Landesvorsitzender Niedersachsen (Klaus-Dieter Schlottmann soll ihn entlasten, indem er den Vorsitz übernehmen soll, wenn er gewählt wird.)
- Aufbau Strukturen
- Wunsch: Gründung LV Bremen
- Social Media

Frage von Karin Heepen: Leitung Bereich Öffentlichkeitsarbeit? Zukunft Landesvorsitz?

Anwesende Stimmberechtigte: 49 Mitglieder

Die Beisitzer werden im Block gewählt in geheimer Abstimmung:

Victoria Schneider: 44 Ja
Micha Schlittenhardt: 37 Ja
Heinrich Benz: 36 Ja
Verena Thümmel: 35 Ja

Die genannten Personen werden mit absoluter Mehrheit als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. Sie nehmen auf Befragen die Wahl an.

Thomas Wiethé: 21 Ja
Johann Sliwa: 17 Ja

Johann Sliwa und Thomas Wiethé sind damit nicht gewählt.

f) **Wahl eines Ersatz- und eines ergänzenden Wahlhelfers**

Torsten Krause wird den Parteitag früher verlassen müssen.

Vorschlag Wahlhelfer: Christoph Carius

Beschluss (offene Abstimmung): **46 Ja, 0 Nein, 3 Enth.**

Damit ist der Wahlausschuss wieder vollständig arbeitsfähig, sobald Torsten Krause abreisen muss.

Vorschlag ergänzender Wahlhelfer: Birgit Graalfs

Beschluss (offene Abstimmung): **45 Ja, 0 Nein, 4 Enth.**

Damit besteht der Wahlausschuss nun aus drei Personen.

Um die Wahl schneller auszählen zu können, sollen zwei weitere Wahlhelfer gewählt werden.

17:45 **12. Schlusswort der neuen Vorsitzenden**

Ausblick auf die kommenden zwei Jahre:
 Unsere Kapazitäten sind begrenzt. Wir brauchen darum zuallererst eine geistliche Erdung. Wir sind an einem Punkt, wo wir nicht weitermachen können, wie bisher. Wenn wir in den aktuellen und kommenden Erschütterungen einen Unterschied machen wollen, müssen wir uns daran orientieren, was wirklich dran ist. Verschießen können wir unsere Ressourcen nicht. Wir müssen unsere Kapazitäten entsprechend zielgerichtet nutzen.
 Paradigmenwechsel: Erst fragen (Gott fragen), dann handeln, nicht umgekehrt.
 Wir brauchen Einheit und Kooperation der Verbände. Interne Kommunikation muss verbessert werden.
 Bild: Armee mit gemeinsamer Strategie, klaren Positionen, klarer Aufgabenverteilung, Klarheit über offene Tore, durch die wir in die Politik eintreten können.
 Wir tragen nicht Jesus vor uns her, sondern wir folgen ihm.
 Weisheit von Gott und auch von anderen Leuten werden wir brauchen. Vernetzung wird darum ein wichtiger Faktor unserer Arbeit sein.
 Unsere „Waffen“ sind Gebet, Wahrheit und Liebe.

Dank an Daniel Gräber für seine Vorbereitungsarbeit, Organisation und Durchführung.
 Dank an unsere Referenten.
 Dank an Hartmut Voss für Versammlungsleitung.
 Dank an Jürgen Graafs für Protokollführung.
 Dank an Klaus-Dieter Schlottmann und Wahlausschuss.
 Dank an alle Kandidaten und Neugewählten.
 Dank an alle Teilnehmer für Mitarbeit, Diskussion und Engagement.

17:54 **13. Segnung des neuen Vorstandes**
 durch Andreas Wolff und Kristina Voß
 Abschließendes „Vaterunser“ als gemeinsames Gebet.

18:00 Ende des Bundesparteitages



Jürgen Graafs (Protokollführer)



Hartmut Voss (Versammlungsleiter)



Karin Heepen (Bundesvorsitzende)

EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter <https://buendnis-c.de/eindruck-magazin/> können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.



Gebet für Bündnis C

Liebe Mitglieder und Interessenten,

wir erleben immer deutlicher, dass die Spaltung unserer Gesellschaft rational kaum noch zu überbrücken ist und die Handlungsmöglichkeiten der Regierung sich verengen. Wir leben in dramatischen Umbrüchen, die sich beschleunigen und Wellen von Erschütterungen aller Systeme unserer Gesellschaft bringen werden. Als christliche Partei rechnen wir mit dem Wirken Gottes für unser Land, das neue Wege und Horizonte aufschließt. Wir wissen, dass wir aus eigenem Ermessen und Streben als Partei genauso scheitern wie andere. Wenn wir im politischen Kampf geistlich agieren und Lösungen aus der Perspektive Gottes mit hervorbringen wollen, muss jede unserer Aktionen im Gebet vorbereitet und begleitet werden.

Deshalb bitten wir Sie, sich verbindlich mit ins Gebet für Bündnis C zu stellen. Wir möchten eine Gebetsgruppe bilden, die die Anliegen des Bundesvorstandes aufnimmt, mit auf Gott hört und uns als Vorstand Impulse dazu weitergibt. Wir brauchen außerdem Ihre Fürbitte für die Vorstände der Verbände, für unsere Bundesgeschäftsstelle, für Wahlkämpfe und für die strukturellen und administrativen Aufgaben, die zu bewältigen sind.

Können Sie uns als Beter zur Seite stehen? Wenn Sie Teil dieser verantwortlichen Gruppe werden möchten, teilen Sie das doch bitte der Bundesgeschäftsstelle mit. Eine solche Gruppe könnte sich zum Beispiel einmal wöchentlich zu einer festen Zeit per Videokonferenz zum gemeinsamen Gebet treffen. Der Bundesvorstand und die Landesvorstände teilen Ihnen gern die aktuellen Gebetsanliegen mit.

Aktuell bitten wir Sie um Gebet für die Themen in diesem Heft:

- Dass auf dem Bundesparteitag eine Perspektive von Gott her für Bündnis C aufscheint für das kommende Wahljahr 2021
- Um genügend Finanzen und die richtige Person für die Einstellung eines Bundesgeschäftsführers
- Für die Landesverbände und alle Wahlvorbereitungen für das kommende Jahr.



Darüber hinaus gilt es, langfristig für das Wachsen und Wirken von Bündnis C den Weg zu bahnen:

- Für eine klare Berufung und Positionierung von Bündnis C in den politischen Umbrüchen
- Um Freisetzung von politisch berufenen Christen durch die Kirchen und Gemeinden
- Dass neue Mitglieder gewonnen, Landes- und Unterverbände gegründet werden
- Für den strukturellen Aufbau der Partei von der kommunalen Basis her.

Und natürlich arbeiten wir für unser Land und dass Deutschland in seiner Berufung als Nation freigesetzt wird:

- Für eine geistliche Erneuerung unseres Landes jenseits der ideologischen Bindungen
- Dass Deutschland eine Schlüsselrolle spielt für Reformen der politischen, Wirtschafts- und Finanzsysteme in Europa und darüber hinaus
- Für die Bundesregierung, die Landesregierungen und die kommenden Wahlen in 2021.

Das sollen einige Anregungen sein, wie Sie im Gebet Bündnis C unterstützen können. Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen dazu!

Mit herzlichem Gruß und Dank

Ihr Bundesvorstand

Impulsreferate zu unserer Vorstandssitzung am 27.06.2020

Beitrag Friedemann Kalmbach

Friedemann Kalmbach ist Vorsitzender der Nehe-mia Initiative Karlsruhe und seit 2009 im Stadtrat in Karlsruhe. Als Pastor sah er, dass Christen für ihre Stadt aktiv werden sollen, so wie Bonhoeffer den Staat/ die Obrigkeit als eines der vier Mandate unseres christlichen Lebens ausformuliert hat.

Unserer erweiterten Vorstandssitzung am 27.06.202 gab er wertvolle Impulse für ein Engagement in der Kommunalpolitik und die weitere Ausrichtung von Bündnis C. Wir fassen hier die Kerngedanken zusammen:

Besonders Psalm 8,5ff inspirierte Friedemann Kalmbach für seine Arbeit in der Kommunalpolitik. Wir sollen über die Schöpfung herrschen und sie im Sinne Gottes gestalten. Für die Stadt zu arbeiten bedeutet, **die Handschrift Gottes im vom Menschen Geschaffenen sichtbar zu machen:** In der Lebenswelt der Menschen, im Städtebau, in Verbindung mit der Natur, in der Kunst und den kommunalen Strukturen sollen die Kreativität Gottes und seine Gebote für unser Zusammenleben eine menschenfreundliche Gesellschaft prägen.

Grundlegend für unser politisches Agieren sieht Kalmbach eine Herzenshaltung im Sinne Gottes, Akzeptanz und Kommunikation mit jeder Person als Gegenüber und nicht zuerst als Gegner, unabhängig von seiner politischen Ausrichtung. Auf dieser Grundlage ist eine wahrhaftige Diskussion nötig und die eigene Sichtweise verständlich mit guten Argumenten zu begründen. Es geht darum, die Wahrheit in Liebe zu erklären, **für biblische begründete Positionen und Ansätze zu werben, ohne fromme Begründungen dafür darzulegen.** Konstruktive Impulse setzen wir mit positiven Lösungen, statt gegen andere Pläne zu kämpfen. Die Frage ist, wofür und nicht vor allem wogegen wir sind, und wie wir die Anliegen und Sorgen der Menschen ernstnehmen und aufnehmen.

Wir sind glaubwürdiger, wenn wir demütig auftreten und nicht so tun, als hätten wir auf alles eine Antwort. Seit der Corona-Krise gibt es keine Planungssicherheit mehr. Einbrechende Steuereinnahmen werden Auswirkungen auf die freiwilligen Leistungen im Sozial- und Kulturbereich haben und den Entscheidungsspielraum für Investitionen einengen, bei einer

längeren Wirtschaftskrise noch mehr. Die Stadt macht jetzt hohe Schulden, um die Folgen abzumildern. Aber es müssen zwangsläufig Einsparungen kommen und die Frage, wo wir investieren und was sterben darf. Bei schwindenden Mitteln kann der Staat sich nicht mehr um alles kümmern, sondern muss Prioritäten setzen und sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren.

Das gilt auch für die Energie- und Mobilitätswende und die Digitalisierung. Digitalisierung muss vorankommen, um der Stadt Verwaltungskosten zu sparen. Wir müssen dabei eine humane Gesellschaft erhalten und das Zusammenleben in den Kommunen konstruktiv gestalten. Unsere Herausforderung ist es, **mit innovativen Antworten konservativen Werten wie Familie, Freiheit und Eigenverantwortung, Subsidiarität und bürgerlichem Engagement neu Raum zu geben** und zur Entfaltung zu verhelfen in der Gesellschaft. Wir können Gott um Antworten bitten und im Vertrauen auf seine guten Pläne mutig vorangehen, begründete Hoffnung vermitteln und Angst und Ohnmacht überwinden.

Als geistliche Aufgabe sieht Kalmbach in der Corona-Krise das Streben der Deutschen nach Sicherheit, das sich in der großen Zustimmung der Bevölkerung zu den Schutzmaßnahmen zeigt. In der anfänglichen Unsicherheit über die Entwicklung der Infektionszahlen waren die Regierungsmaßnahmen nachvollziehbar, erleben aber durch die einseitige Ausrichtung der beteiligten Fachleute zusehends eine Engführung, die das Leben abwürgt. **Der Sicherheit und Kontrolle über das Virus und die Bevölkerung wird ein zu hoher Preis gezahlt**, der die Wirtschaft und das Sozialsystem riskiert. Ängsten vor dem Virus und den stehen zunehmend Aggressionen gegen die Kontrollmaßnahmen gegenüber und gefährden das Zusammenleben.

In diesem Konflikt sind wir als **Christen als Anwälte für die Freiheit** und Selbstverantwortung der Menschen gefragt. Dafür brauchen wir selbst Sicherheit in Gott, um den Menschen Sicherheit und Vertrauen vermitteln zu können. Weder Furcht noch Leichtsin sind in der Liebe. Wir brauchen Antworten, die Raum zum Leben geben, statt das Virus weiter unser Leben lähmen zu lassen.

Unsere politische Sendung ist zu den Menschen in der Welt, nicht zu den Christen. Kirche und Gemeinden sollen Leute für den Dienst in der Gesellschaft zu-

rüsten. Wir brauchen wahrhaftige, überzeugende, charakterlich standfeste Christen für die Politik, um wertorientierte Wähler zu gewinnen, die uns ihr Vertrauen geben. Wir müssen nicht viele sein, um den Teig zu durchsäuern, aber mutig und präsent.

Politik ist Beziehungsarbeit. Von jeder guten Idee müssen Wähler überzeugt und für jeden Antrag im Parlament Mehrheiten gewonnen werden. Netzwerke müssen aufgebaut und erhalten werden, und in einer kleinen Fraktion müssen wir mit anderen Parteien zusammenarbeiten, wo wir inhaltlich Schnittmengen haben.

Kalmbach betonte, dass wir als Bündnis C gebraucht werden und in den aktuellen Umbrüchen mutig sichtbar werden sollen. **Die Kommunalpolitik ist der Einstieg für die Landes- und Bundespolitik** oder Europa und einfacher und lohnender als der alleinige Fokus darauf. Vergebliche Wahlteilnahmen entmutigen eher, während wir mit Engagement in der Kommunalpolitik schnell praktische Veränderungen mit bewirken können.

Entscheidend ist, dass unser Haus nicht auf Sand gebaut ist und auf eigenes Streben nach Anerkennung, sondern auf das Wort Gottes und auf das gemeinsame **Gebet für die Stadt und unser Mandat** darin.



Beitrag Ortwin Schweitzer

Ortwin Schweitzer ist Mit-Gründer des Wächterruf Gebetsnetzes für Deutschland, der European Union of Prayer und weiterer christlicher Werke in Deutschland. Er steht mit seiner ganzen Person für das politische Gebet und hat in vielen Ländern Europas persönliche Kontakte und Beziehungen. Er hat in der Vergangenheit in Europa zur Versöhnung mit Deutschland beigetragen.

In unsere erweiterte Vorstandssitzung am 27.06.202 brachte er seine aktuelle Perspektive für Deutschland und für Bündnis C ein. Hier sind die Kerngedanken zusammengefasst:

Deutschland – die Lichtseiten

„Ich liebe Deutschland!“ Es erfüllt mich mit tiefer Freude, dass ich diesen Satz nach Jahrzehnten der Scham frei und offen aussprechen kann, dank des ehrlichen Zuspruchs aus vielen Nationen. Heute ist mein Land ein zuverlässiger Partner der Völker der Welt geworden und eine Stütze der Einheit Europas.

Ich liebe dieses Land um seiner landschaftlichen Schönheit willen und bin dankbar für seine Geschichte, für seine Söhne und Töchter, die Impulse aller Art in die ganze Welt gesandt haben: Martin Luther, Johannes Gutenberg, Graf Zinzendorf, Immanuel Kant, Goethe und Schiller, Bismarck, Bach und Beethoven und all die tapferen Frauen an der Seite dieser Männer. Ich empfinde dankbar die Charakteristika dieses Volkes auch in mir: die Freude etwas ordentlich zu machen, eher zu sparen als zu verschleudern, und der Regierung eher zu vertrauen als zu misstrauen. Das hängt zusammen mit der Qualität unserer Politiker seit Jahrzehnten. Weiter nehme ich wahr, dass wir mit 82 Millionen die bevölkerungsreichste Nation in Europa sind und durch den Fleiß und die gute Ausbildung Waren produzieren, die in der ganzen Welt begehrt sind („Exportweltmeister“). Ich spüre die Verantwortung, die aus diesen Superlativen folgt – für Europa und die sogenannte „3. Welt“. So erwarte ich von der deutschen Ratspräsidentschaft nachhaltige Aufbauhilfe für die Nach-Corona-Zeit.

Im geistlichen Bereich ist in Deutschland eindeutig ein Zusammenrücken der Glieder des Leibes Christi festzustellen, an der Basis wie bei den Bischöfen. Dazuhin entstehen überall neue „Gebetshäuser“ und viele geist-erfüllte Lobpreisversammlungen mit vielen auch genuin deutschen Liedern finden überall im Land statt.

Ich klage über Deutschland

Wir sind immer noch auf vielen Ebenen ein geteiltes Land zwischen Ost und West. Es ist eine Schande für so ein reiches Land, wie Fremdarbeiter z. B. in der Landwirtschaft oder in der Fleischindustrie ausgebeutet werden. Aber noch weit schlimmer sind die Menschenhändler, die Frauen aus Osteuropa als Sexsklavinnen gefangen halten. Wegen seiner laxen Gesetzgebung ist Deutschland zum Bordell für Europa geworden. Eine weitere Klage ist: Unser guter Ruf: „Made in Germany“ ist durch den Dieselskandal der Autobranche, durch die Krise der Deutschen Bank und durch den Zusammenbruch gerade jetzt von Wirecard erkennbar beschädigt. Was uns aber besonders tief trifft, ist das Erstarken der rechtsradikalen Szene und die Rückkehr eines allgemeinen Antisemitismus in der Bevölkerung.

Politische Perspektive für Deutschland

1. 2021 geht die Ära Merkel zu Ende. Angela Merkel war als Person Ersatz für ein Programm. Sie setzte auf Mehrheiten statt auf Themen und CDU-Grundsätze. Damit verlor die CDU ihren Markenkern an eine immer mehr nach links angepasste Politik.

Die CDU mit Angela Merkel hat momentan Aufwind im Corona-Krisenmanagement, verlor aber in den letzten Jahren an Zustimmung, genauso wie SPD und FDP. Relativ stabil als Partei sind momentan die Grünen. Ohne Merkel wird die Bundestagswahl 2021 im wörtlichen Sinn zu einer Weichenstellung, d. h. zu einer Schicksalswahl für die neue Ära werden zwischen entweder einer echten Linkskoalition aus Rot-Rot-Grün oder Schwarz-Grün. Eine entscheidende Rolle wird dabei die Person des Kanzlerkandidaten spielen. Der parteiintern sich zuspitzende Konflikt in der CDU wird darin bestehen, dass keiner der angetretenen 3 Kandidaten für den Parteivorsitz auf eine gleichzeitige Kanzlerkandidatur verzichten kann. Denn wer von den 3 möchte CDU-Parteivorsitzender werden unter einem Kanzler der CSU? Der bisher populärste Kandidat für dieses Amt aber steht ja außerhalb der CDU und damit außerhalb des Kreises der Bewerber für den Vorsitz.

2. Die Demokratie wird zusehends durch die Existenz der AfD als Protestpartei ausgehöhlt. Mit den restlichen Prozenten lässt sich nur mühsam noch eine Regierungsmehrheit bilden. Durch die Koalitionen aus immer mehr Parteien werden jedoch immer mehr Wähler zu Protestwählern aus Unzufrieden-

heit über die notwendigen Kompromisse ihrer Parteien.

In der Weimarer Republik führte der Druck brauner Horden zur Machtübernahme der Nationalsozialisten, gipfelnd in der Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Die Demokratie wurde durch Einschüchterungen und den Druck der Straße zerstört. Dasselbe beginnt heute mit anderen Mitteln: im Internet mittels Radikalisierung und anonymen Mord-Drohungen. Es gilt, die Meinungsfreiheit zu verteidigen – nach rechts und nach links.

3. Es braucht Wirtschaftsreformen unter Einbeziehung des Klima- und Umweltschutzes, der Digitalisierung und familienverträglicher Arbeitsbedingungen.
4. Die Unruhen und Angriffe auf die Polizei würden das Ende des Gewaltmonopols des Staates und der Demokratie sein und in Anarchie münden, wenn sie nicht gestoppt werden.

Verändert euer Denken

Wir wollen als Christen in der Regel das „christliche Abendland“ und „unsere Werte“ konservativ bewahren, die alle anderen aber progressiv verändern wollen und uns deshalb als reaktionär brandmarken. Diese Bewertung entspringt dem gegenwärtigen politischen Raster und Denken. Christen haben aber durch ihren Glauben eine grundsätzlich veränderte Ansicht der Welt. Das Raster unter dem sie die Welt betrachten und deuten heißt: Reich Gottes: Die Welt als Regierungsort Gottes. Die Frage heißt darum nicht „Bewahrung des Bisherigen“, sondern „Durchsetzung des Willens Gottes zum Besten der Welt“. Das ist immer aktuell, das ist Erneuerung, ist progressiv und innovativ und getragen von einer andauernden inneren Dynamik (Heiliger Geist). Diese setzt sich um auf allen, allen Lebensgebieten!

Christen verstehen sich tatsächlich selber oft als Bewahrer und als konservativ, weil sie sich dem „Schema dieser Welt“ (Römer 12,1-2) unterwerfen. Wie in der Mathematik verändert sich aber die Definition eines Punktes grundlegend, wenn sich das darüberliegende Koordinatensystem plötzlich verändert. So auch hier. Ich wünschte, dass alle Christen, vor allem die öffentlich in Politik und Gesellschaft tätigen, diesen Paradigmenwechsel für sich vollziehen könnten mit allen Konsequenzen, die sich sofort daraus ergeben: Wir brauchen christlich-innovative Antworten, die das Licht des Evangeliums ganz neu auf alte und neue Frage-

stellungen fallen lassen und das politische Denken und Handeln durch diesen Paradigmenwechsel erneuern.

Vision für Bündnis C

- Die Partei muss von einer Vision getragen sein. Diese muss mit Ausstrahlung kommuniziert werden, um andere mitzunehmen, die sich dann investieren mit Zeit und Geld, wenn sie entzündet sind.
- Zum richtigen Zeitpunkt („Kairos“) müssen alle Kräfte mobilisiert werden, um die Vision in Existenz zu bringen. Erneuerung ist nie willkommen. Immer wird das Bestehende sich wehren und Widerstand leiten. „Er-Neuerung“ braucht einen langen Atem unter viel Beten und Arbeiten gegen alle Widerstände. Beim „langen Marsch durch die Instanzen“ geht es strategisch um die Besetzung der Schlüsselpositionen.
- Wer ist am ehesten als Zielgruppe und Mitstreiter für Bündnis C zu gewinnen? Antwort: die Christen in der AfD. Sie wollen eine christliche Politik, aber am falschen Ort.
- Wer sind politische Partner, mit denen Bündnis C Schnittmengen verbinden?
- Ideenorientierte, nicht gewinnfixierte Groß-Sponsoren werden durch Visionen gewonnen, die machbar erscheinen!
- Ohne Gebet gibt es keinen Durchbruch. Eine feste Gruppe in der Partei muss alle Aktivitäten und Beschlüsse im Gebet vorbereiten und begleiten und das als ihre Hauptaufgabe ansehen.



Abonnieren Sie unseren kostenlosen

Bündnis C E-Mail Newsletter

newsletter.buendnis-c.de



Jetzt anmelden!

Aus den Landesverbänden

Nordrhein-Westfalen

Neugründung des Landesverbandes und Teilnahme an der Ruhrwahl



Am 20.06.2020 wurde der Landesverband NRW in Velbert neu gegründet. Als Landesvorstand wurden gewählt:

Landesvorsitzender: Marcel Stubbe
Stellv. Landesvorsitzende: Lisa-Marie Labuda und Dietrich Janzen
Schatzmeister: Alexander Berghaus (nicht auf dem Foto)
Beisitzer: Jan Schulte

Seit der Gründung sind bereits erste Schritte passiert und Resultate sichtbar geworden. Zu nennen ist hier die Teilnahme von Bündnis C mit vier Kandidaten an den Ruhrmetropolwahlen am 13. September 2020. Wir haben innerhalb von weniger als zwei Wochen 162 Unterstützungsunterschriften erhalten und damit die Wahlteilnahme geschafft. Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns mit Ihrer Unterschrift geholfen haben, bei dieser wichtigen Wahl anzutreten. Diese Wahl findet dieses Jahr zum ersten Mal statt, und ca. 4 Millionen Wahlberechtigte können uns auf Listenplatz 16 wählen.

Außerdem fand am 19. Juli 2020 die Gründung des Kreisverbandes Minden-Lübbecke statt. In den Kreisvorstand wurden gewählt:

Kreisvorsitzender: Dietrich Janzen
Stellv. Kreisvorsitzender: Armin Berg
Schatzmeister: Viktor Harder



Hier ist es den Aktiven gelungen, in Espelkamp zur Stadtratswahl und in Minden zur Kreistagswahl am 13. September 2020 anzutreten.

Des Weiteren haben mir viele Einwohner Velberts die Unterstützung als Bürgermeisterkandidat zugesprochen. Ich trete als Einzelbewerber zu den kommenden Kommunalwahlen an, da es noch keinen beschlussfähigen Kreisverband in Mettmann gibt. Mir ist die Trag- und Reichweite dieses Amtes bewusst. Daher stelle ich mich mit Gottes Hilfe den uns als Stadt bevorstehenden Hürden und Herausforderungen. Als zukünftiger Bürgermeister würde ich die Anliegen und Interessen der Einwohner Velberts vertreten.

In den nächsten Schritten geht es darum, Freunde und Unterstützer zu finden, die regional helfen, Kreisverbände aufzubauen und zu gründen. Es ist unser Ziel, in möglichst vielen Städten und Gemeinden als Ortsverband vertreten zu sein.

Als neu gewählter Landesvorsitzender hoffe ich, dass der Herr Jesus Christus uns weiterhilft und in unserem neu gewählten Landesverband NRW große Frucht erwirkt.

Ich möchte noch einmal allen danken, die uns helfen, dass der Landesverband NRW weiter wächst.

Mit freundlichem Gruß



Marcel Stubbe

Landesvorsitzender
NRW

Baden-Württemberg

Die Landtagswahl am 14. März 2021 im Blick

Viele wissen es nicht: Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg hat auf Grund des Wahlrechtes jeder Wähler nur eine Stimme. Das bedeutet, es können im jeweiligen Wahlkreis nur die von den Parteien aufgestellten Direktkandidaten gewählt werden. Es gibt keine Landesliste. Deshalb kann man am Wahlsonntag nur dort Bündnis C wählen, wo wir es geschafft haben, einen Direktkandidaten aufzustellen. In den letzten Wochen und Monaten haben wir alles in unseren Kräften Mögliche unternommen, um unsere Freunde und Mitglieder zu motivieren, über eine Kandidatur nachzudenken. Auf einen dringenden, per E-Mail verschickten Rundbrief bekamen wir ein ermutigendes Echo. Viele verstanden unser Anliegen und sagten uns Spenden für den Wahlkampf zu, einige entschlossen sich, Mitglieder zu werden. Einige der Angeschriebenen erklärten sich bereit, für Bündnis C zu kandidieren.

Es geht uns beim Antreten zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg darum, als Christen Verantwortung in unserer Gesellschaft zu übernehmen und dies nicht den anderen zu überlassen. Es mag sein, dass wir die fünf Prozenzhürde nicht schaffen. Dennoch wird es eine Wirkung haben, wenn wir zeigen können, dass ein Wahlprogramm, das mit Gott als dem Schöpfer rechnet und das auf dem Welt- und Menschenbild der Bibel beruht, durchaus Stimmen bekommen kann. Wir wollen auch die Parteienfinanzierung nicht vergessen. Darunter fallen wir schon ab einem Prozent der Gesamtstimmen. Das bedeutet dann, dass wir unsere Arbeit deutlich intensivieren können und mittel- bis langfristig in vielen Parlamenten vertreten sein werden.

An dieser Stelle fassen wir die durchgeführten und derzeit geplanten Aktivitäten bezüglich der Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg zusammen:

Am 23.07.2020 wurden bei einer Aufstellungsversammlung in Maulbronn-Schmie Herr Dr. Rainer Simon als Bewerber und Frau Marianne Schenkel als Ersatzbewerberin im Wahlkreis 44 Enzkreis gewählt. In einer Pressemitteilung heißt es u. a.: „Dr. Simon ist Allgemeinmediziner und Frau Schenkel Krankenschwester. Die beiden wünschen sich eine Veränderung innerhalb der Stimmung in unserer Gesellschaft. Dazu gehört, wie Dr. Simon in seiner Kandidatenvorstellung sagte, der Umgang untereinander mit Respekt und Liebe. Gewährleistung von Freiheit z. B. der Rede, der Meinung

und der Religion. Schließlich auch die Verpflichtung zur Wahrheit ...“.

Bisher geplante wichtige Veranstaltungen in Baden-Württemberg, zu denen unsere Mitglieder und Interessierte herzlich eingeladen sind:

- Am 10.09.2020 findet ein Bündnis C Wohnzimmer-treffen in St. Johann (Wahlkreis 61 Hechingen-Münsingen) statt.
- Am 15.09.2020 Wohnzimmertreffen in Maulbronn-Schmie (Wahlkreis 44 Enzkreis).
- Am 22.09.2020 Kandidatenaufstellung in Freudenstadt (Wahlkreis 45 Freudenstadt) und Kandidatenaufstellung in Karlsruhe (Wahlkreis 27 Karlsruhe 1).
- Am 26.09.2020 Bündnis C Landesparteitag in Karlsruhe.
- Am 3.10.2020 Info-Abend in der FEG Titisee-Neustadt (Wahlkreis 46 Freiburg 1) mit Open Doors und Bündnis C.

Bis jetzt ist unsere dringende Suche nach Bündnis C-Kandidaten für die Landtagswahl noch nicht abgeschlossen. Bitte helfen Sie uns! Wer interessiert ist oder wissen möchte, was eine Kandidatur bedeutet, möge sich baldmöglichst mit uns in Verbindung setzen. Wir benötigen auch weiterhin für den kommenden Wahlkampf Spenden und Gebet.

Ansprechpartner, bei denen Genaueres zu den geplanten Veranstaltungen erfragt werden kann:

Jürgen Graalfs, Landesvorsitzender Bündnis C „Baden-Württemberg“ juergen.graalfs@buendnis-c.de

Dr. Rainer Simon, Stellv. Landesvorsitzender rainer.simon@buendnis-c.de

Für Spenden:

Bündnis C Landesverband Baden-Württemberg

Ev. Bank eG

IBAN: DE76 5206 0410 0000 4143 79

Vermerk: Landtagswahl 2021 BAWÜ

Dr. Rainer
Simon

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Baden-Württemberg



Rheinland-Pfalz

Landesparteitag am 15.08.2020

Am Samstag, den 15. August 2020 trafen sich die aktiven Mitglieder des Landesverbandes Bündnis C „Rheinland-Pfalz“ in den Räumen des Golfclubs Dreifelden (Westerwald) zum Landesparteitag.

Trotz Corona-Beschränkungen war das Treffen von 11.30 bis 18 Uhr problemlos möglich. Nach einem Impulsvortrag von Andreas Wolff zum Thema „Die Rolle der Massenmedien in der Corona-Krise“ mit anschließender Diskussion standen turnusgemäß die Wahlen zum neuen Landesvorstand an. Es wurden für die nächsten zwei Jahre gewählt:

- Andreas Wolff (Landesvorsitzender)
- Robert Gleich (Stellvertretender Landesvorsitzender)
- Volker Giese (Stellvertretender Landesvorsitzender)
- Ernst Maier (Schatzmeister)
- Barbara Rinder (Beisitzerin)
- Christoph Carius (Beisitzer)

Als Delegierte und Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag wurden gewählt:

1. Christoph Carius
2. Volker Giese
3. Barbara Rinder (Ersatz)

Die Mitglieder diskutierten und stimmten über eine Teilnahme an der kommenden Landtagswahl ab. Dabei votierte eine Mehrheit für eine Teilnahme am 14. März 2021. Sie folgte damit der Argumentation des Landesvorsitzenden, dass Parteien primär dazu da seien, bei Wahlen anzutreten, um so die politische Willensbildung zu fördern. Reine Informations- und Weiterbildungsangebote zu gesellschaftspolitischen Themen können auch von anderen Organisationen veranstaltet werden. Die Wahlteilnahme ist dagegen ein Privileg der Parteien. Andreas Wolff hob hervor, dass erfahrungsgemäß mit jeder Wahlteilnahme die Bekanntheit von Bündnis C steigt. Außerdem werden zu diesem Anlass die spezifischen Infomaterialien des Landesverbandes aktualisiert und überarbeitet.

Wichtig sei jedoch immer, im positiven Bereich zu agieren, d.h. jeder soll nur das im Wahlkampf tun, was er wirklich gerne tut. So wird man von Wahl zu Wahl besser! Schon die korrekte Aufstellungsversammlung für die Landesliste gemäß den Vorgaben des Landeswahlleiters und generell das Sammeln von Unterschriften sind ein Erfolg, selbst wenn die Anzahl vielleicht nicht ausreicht, um auf den Wahlzettel zu kommen. Das wäre natürlich die Kür. Aber es darf kein Frust entstehen, wenn dies nicht jedes Mal gelingt. In Rheinland-Pfalz werden

2000 vom Einwohnermeldeamt bestätigte Unterschriften von Wahlberechtigten aus dem Bundesland benötigt, um auf dem Stimmzettel und im „Wahl-o-mat“ zu erscheinen.

Auf der Landesliste von Bündnis C für die Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag stehen:

1. Andreas Wolff
2. Barbara Rinder
3. Christoph Carius

Die Formulare für Unterstützerunterschriften sind auf den Seiten des Landesverbandes Rheinland-Pfalz unter <https://rheinland-pfalz.buendnis-c.de/> herunterladbar. Wenn Sie Wahlberechtigte kennen, deren Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz liegt, wären wir dankbar, wenn Sie alle, die Bündnis C unterstützen möchten, darauf aufmerksam machen!



Bayern

Re-Start Kreisverband Hof-Wunsiedel

Nach einigen personellen Veränderungen war der Kreisvorstand unvollständig und nicht mehr arbeitsfähig im Sinne unserer Satzung. Es mussten Neuwahlen im Rahmen eines Kreisparteitages durchgeführt werden.

Man traf sich auf Einladung des bayrischen Landesvorstandes am 18.07.2020 in einem ehemaligen Ladengeschäft in der Alsenberger Straße in Hof. Stimm-berechtigte 8 Mitglieder und 2 Gäste kamen.

Dieser neue Vorstand ist gewählt worden:

Kreisvorsitzende: Annette König (Geroldsgrün)
Stellv. Kreisvorsitz.: Matthias Thümmel (Oberkotzau)
Schatzmeisterin: Ines Mergner Seidel (Hof)

Die vom bisherigen Vorstand initiierten Wohnzimmer-treffen sollen neu und in veränderter Form gestartet werden. Aktuelle Informationen und Termine findet man unter: <https://bayern.buendnis-c.de/2020/07/19/kreisverband-hof-wunsiedel-ab-sommer-2020/>

Matthias Thümmel

Stellvertretender Vorsitzender KV Hof Wunsiedel

Das Wirtschaftssystem stützen oder reformieren?

Zum Konjunkturpaket der Bundesregierung und Aufbaufond der EU

Die Bundesregierung hat ein Konjunkturpaket in Höhe von 130 Mrd. Euro beschlossen. Dafür wurde erneut die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt und die neue Rekordverschuldung des Staates steigt für das laufende Jahr auf 218,5 Mrd. Euro. Im Vordergrund steht das Ankurbeln des Konsums mit der Senkung der Mehrwertsteuer und einem Kinderbonus für Familien. Die kommende Wirtschaftskrise ruft jedoch nach neuen Modellen für unser Wirtschafts- und Finanzsystem.

Das Konjunkturpaket soll die Nachfrage stärken, Investitionen von Kommunen und Unternehmen fördern und will mit 50 Mrd. Euro die Mobilitäts- und Energiewende und Digitalisierung vorantreiben. Mit dem Paket sollen vor allem Massenentlassungen verhindert werden, die neben den sozialen Spannungen den Staat in der Konsequenz noch teurer zu stehen kämen. Es ist damit die Erwartung verbunden, dass mit der Stärkung der Konjunktur ein Teil der jetzigen Ausgaben bald als Steuereinnahmen und Sozialabgaben in die Staatskasse zurückfließt.

Zu begrüßen sind Steuerentlastungen für Unternehmen und Bürger, die unter den hohen Abgabenlasten in Deutschland leiden. 3% weniger Mehrwertsteuer werden nicht viele Menschen zum Kaufen verleiten, sind aber dauerhaft überfällig nach immer neuen Erhöhungen in den letzten Jahrzehnten. Die Unsicherheiten in der Wirtschaft weltweit kann das Konjunkturpaket hingegen nicht ausgleichen. Die deutsche Wirtschaft ist als Exportweltmeister von der Nachfrage im Ausland abhängig, die immer mehr einzubrechen droht.

Finanzsystem als Dienstleister der Wirtschaft

Gerade deshalb braucht unser Wirtschaftssystem Reformen jenseits der bisherigen Gesetze, die das Konjunkturprogramm erneut stützen will. Kernpunkt ist die Abhängigkeit der Wirtschaft von einem Finanzsystem, das mit Zinsen und Zinseszins enorme Geldmengen ungerechtfertigt aus der Wirtschaft herauszieht und sie damit zum quantitativen Wachstum zwingt, um ihre Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern zu bezahlen. Damit wurde die Schere zwischen Arm und Reich weltweit immer größer. Wenn der Staat jetzt Mil-

liardenschulden aufnimmt, um Konsum und Wachstum anzukurbeln, bedient er in der Konsequenz zum großen Teil wieder das Finanzsystem wie bereits während der Finanzkrise 2010. Hingegen sollten die Banken in die Pflicht genommen werden, gerade in dieser Krise die Wirtschaft zu stützen. Mit den Niedrig- oder gar Negativzinsen funktioniert das herkömmliche Geschäftsmodell der Banken ohnehin nicht mehr, und es ist jetzt der Zeitpunkt für einen Paradigmenwechsel im Bankensektor. Die Finanzwirtschaft muss Teil der Wirtschaft sein und als deren Dienstleister fungieren.

Die exorbitante Neuverschuldung des Staates legt der nächsten Generation erneut Lasten auf, die sie weder tragen noch jemals bezahlen kann. Neue Staatsschulden können für Investitionen in die Infrastruktur, Forschung und Entwicklung gerechtfertigt sein, von der unsere Kinder in der Zukunft profitieren. Das Ankurbeln des Konsums auf Staatskosten hingegen wird auch diesmal verpuffen wie bereits 2009 mit der Abwrackprämie. Das Konsumverhalten der Bevölkerung scheint unter dem Lockdown eher zu gesunden und ein Bewusstsein sich Bahn zu brechen, dass wir viel weniger brauchen, als die meisten von uns kaufen. Warum soll weiter materieller Überfluss angehäuft werden, der Menschen zu Konsumsklaven macht?

Qualität und Vertrauen statt Konsum zwecks Wachstum

Es kann nicht weiter darum gehen, dass ein Überangebot der Wirtschaft in den Industriestaaten immer neue Bedürfnisse der Konsumenten weckt, sondern dass eine marktberingte Wirtschaft schafft, was wir zum Leben brauchen. Das absehbare Schrumpfen der Wirtschaft in der kommenden Krise kann eine neue Perspektive eröffnen, in der nicht allein zahlenmäßiges, sondern qualitatives Wachstum in den Vordergrund rückt. Viele mittelständische Unternehmen wirtschaften bereits in diesem Bewusstsein, weil sie im Wettbewerb mit internationalen Konzernen ohnehin nur mit Qualität und Vertrauen und nicht mit Quantität punkten können. Diese Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und des Sozialsystems. Sie müssen durch Geldgeber gestützt werden, die sich für das Unternehmen, und nicht nur für ihre Rendite interessieren. Und sie müssen vom Staat von zu hohen Steuern und bürokratischen Vorschriften befreit werden.

Menschenzentriert statt finanzzentriert

Wir brauchen eine Wirtschaft, die nicht dem Finanzsystem, sondern dem Leben und der Würde der Menschen dient. Menschen sind nicht nur Arbeitskräfte und Konsumenten im System, sondern Beteiligte im gesamten Wirtschaftsprozess. Biblisch fundierte Wirtschaftsmodelle wie der Relationismus, der in den letzten 20 Jahren entwickelt wurde, sehen die Wirtschaft nicht nur materialistisch als Prozess zur Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen, sondern als Gefüge gegenseitiger Beziehungen, in dem Werte für alle Beteiligten und für das Gemeinwohl geschaffen werden: von den Familien der Mitarbeiter bis zu den Kunden, von Geldgebern und Aktionären bis zu Zulieferern und zum kommunalen Umfeld des Unternehmens.

Beziehungs- und familienorientiert statt individualistischer Konkurrenz

Das Humankapital eines beziehungsorientierten Wirtschaftsdenkens sind Familien und nicht autonome Individuen, weil die nächste Generation Teil des Beziehungsgefüges im langfristigen Wirtschaftsprozess ist. Intakte Familien sind nicht nur die Leistungsträger jeder gesunden Gesellschaft und bilden deren soziale Basis. Ohne eine starke, umfassend gebildete nächste Generation hat kein Unternehmen und keine Volkswirtschaft Bestand. Die nächste Generation wird in Familien großgezogen, die deshalb betriebs- und volkswirtschaftlich gedeihliche Arbeits- und Lebensbedingungen vorfinden und in der Lage sein müssen, ihr notwendiges Einkommen zu verdienen. Ein einmaliger Kinderbonus von 300 Euro aus dem Konjunkturpaket freut sicher Familien, trägt aber nur zum Konsum bei. Familien brauchen hingegen zuverlässiges Einkommen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten und Bildung und Erziehung ihrer Kinder finanzieren. Statt einem staatlich vorgeschriebenen Mindestlohn, der nur für Singles zum Leben reicht, müssen Unternehmen steuerlich entlastet werden, damit sie ihre Mitarbeiter angemessen bezahlen können. Und Eltern brauchen finanziellen Spielraum, um ihre Kinder zu erziehen.

Mit dem Konjunkturpaket wird stattdessen wieder und weiter einseitig der Ausbau und Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung vorangetrieben und subventioniert. Während des Lockdown haben Eltern neben der Arbeit ihre Kinder betreut und sogar unterrichtet. Angesichts der jetzt schrumpfenden Wirtschaft und absehbar höheren Arbeitslosenzahlen statt dem bisherigen Fachkräftemangel werden viele Eltern weiter die Zeit



dafür haben, ihre Kinder selbst zu erziehen, und das zumindest zum Teil auch gern tun. Dafür brauchen sie die finanziellen Mittel, wie Bündnis C sie mit einem Erziehungsgehalt empfiehlt. Angesichts der horrenden Summen, mit denen die Wirtschaft gestützt werden soll, ist jetzt ein Erziehungsgehalt die nachhaltigste Investition in die Zukunft. Teil eines beziehungsorientierten Wirtschaftsdenkens ist die umfängliche Stärkung von Familien, weil dort Bindung, Beziehungen, Bildung und Leistung zuerst gelebt und erlernt werden.

Qualitatives Wachstum schont Umwelt und Ressourcen

Nicht zuletzt ist der Mensch in Beziehung zur Schöpfung geschaffen und wir sollen gute Haushalter unserer natürlichen Ressourcen sein. Das Konjunkturpaket wird mit der Mobilitäts- und Energiewende nicht das Klima und den Planeten retten, setzt jedoch die bereits angeschlagene Autoindustrie weiter unter Druck und gefährdet die eigenständige Energieversorgung. Eine Wirtschaft, die nicht mehr nur auf quantitatives, sondern auf qualitatives Wachstum setzt, beendet Raubbau an unseren Ressourcen und der Umwelt inklusive. Angesichts der globalen Krise und zunehmender internationaler Spannungen verlagern bereits Firmen Teile ihrer Produktion wieder ins Inland. Der Aufbau regionaler Wirtschaftsstrukturen und Lieferketten stärkt die Beziehungen der Beteiligten und die gegenseitige Verantwortung zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung. Sie verringert Mobilität, dient damit dem familiären Zusammenhalt und schont Umwelt und Ressourcen.

Statt Kapitalismus oder Sozialismus – Relationismus

Vor 30 Jahren sind die sozialistischen Wirtschaftssysteme in Europa zusammengebrochen. Auch das kapitalistische Wirtschaftssystem ist seit längerem in der

Krise und braucht jetzt Reformen. Die Lösung ist weder noch mehr staatliche Regulierung, die die Wirtschaft mit politischen Vorschriften knebelt, noch sind es allein die Gesetze des Marktes und der Finanzwirtschaft. Beide Systeme sind rein materialistisch. Eine Wirtschaft, die dem Leben dient, braucht jeden Menschen mit seinen Begabungen und seiner Berufung. Sie eliminiert nicht den Leistungsgedanken, wie es die Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen tun. Ein beziehungsorientiertes ökonomisches Denken, wie es die Wirtschaftsphilosophie des Relationismus entwickelt, schafft Effizienz, indem es zum gegenseitigen Gewinn der Beteiligten agiert. Das Wettbewerbsprinzip, wo Firmen und Individuen gegeneinander konkurrieren, wird durch Kooperation in den Wirtschaftsbeziehungen ergänzt. Es motiviert zu Verantwortung und Kreativität, indem es faire Erträge für alle Beteiligten und gemeinsame Werte schafft. Effizienz zielt auf Profitoptimierung statt -maximierung.

Wir können die Krise zur Chance für eine reformierte Wirtschaft werden lassen, wenn wir sie als Lebensprozess gestalten, statt weiter als Wettrennen ohne Ziel. Endloses Wachstum gibt es nicht, weil menschliches Leben und diese Welt endlich sind. Wohlstand ist nicht nur materiell, sondern manifestiert sich vor allem in guten Beziehungen der Menschen – im Miteinander statt Gegeneinander, in Freiheit in Verantwortung statt grenzenlosem Individualismus. Das Leben der Familien soll nicht weiter der Wirtschaft geopfert werden, sondern die Wirtschaft den Familien dienen. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das nicht finanzzentriert, sondern menschenzentriert aufgestellt wird.

Keine Schuldenunion!

Die Staatschefs der EU-Mitgliedsländer haben auf einem Mammut-Gipfel im Juli unter Führung der deutschen Ratspräsidentschaft ein Hilfspaket von 750 Milliarden Euro und einen 7-Jahreshaushalt für insgesamt 1,8 Billionen Euro bis 2027 beschlossen. Erstmals in ihrer Geschichte soll die EU-Kommission für die Finanzierung des Corona-Aufbaufonds „Next Generation EU“ eigene Schulden am Finanzmarkt aufnehmen. Gleichzeitig sollen neue Abgaben an die EU abgeführt werden, um die gemeinschaftlichen Corona-Schulden bis zum Jahr 2058 zu tilgen.

Der Aufbaufonds ist für eine bessere Widerstandsfähigkeit gegen Krisen in den Empfängerländern bestimmt, für Reformen im Gesundheits- und Sozialsystem, Forschung, Digitalisierung und die Energiewende. Für einen Wiederaufbaufond gibt es hingegen keine

Begründung. Wir haben keinen Krieg, es ist nichts zerstört. Wir haben in Europa intakte Unternehmen und Technologien, eine (noch) funktionierende Infrastruktur, und es sind insgesamt nicht überproportional viele Menschen gestorben. Wir stellen auch hier die Frage, wie die europäische Wirtschaft reformiert und neu ausgerichtet werden kann zum Besten für die Mitgliedsstaaten und die Menschen.

Vor allem aber ist der ausgehandelte Kompromiss des Rates der Einstieg in die Vergemeinschaftung von Schulden in der EU, die der Lissabon-Vertrag aus guten Gründen ausschließt und die bisher ein Tabu war. Es ist zu fragen, ob die Europäische Union und der Finanzsektor mit den beschlossenen Geldsummen gerettet oder destabilisiert werden. Selbst wenn das Geld dort ankommt, wo es gebraucht und produktiv eingesetzt wird, begibt sich die EU damit in einen historischen Paradigmenwechsel in Richtung Schuldenunion. Absehbar werden die Beziehungen der Mitgliedsstaaten durch gemeinsame Schulden nicht gestärkt, sondern belastet.

Die Beschlüsse des Rates der Regierungschefs waren nur der erste Schritt zur Ratifizierung der Pläne. Ab dem 24. August beschäftigen sich die Fachausschüsse des EU-Parlaments mit der Position des Rates und es müssen alle 27 nationalen Parlamente zustimmen. Da es sich um eine großangelegte Umverteilung zu Lasten der Steuerzahler in den Mitgliedsländern handelt, die bereits unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Maßnahmen leiden, ist die Forderung gerechtfertigt, dass die Parlamente mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit zustimmen müssen.

Wenn man die Souveränität der Nationalstaaten aushebelt, hebelt man auch demokratische Entscheidungsprozesse aus. Supranationale Staatengebilde lassen sich nicht als Demokratie organisieren, sondern werden je komplexer desto intransparenter.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Großfamilien



Bündnis C fordert ein Erziehungsgehalt, das Eltern für die Wahrnehmung ihrer Erziehungs- und Sozialverantwortung angemessen ausstattet. Nicht erst mit dem Lockdown von Kindergärten und Schulen ist offenbar geworden, dass Familien die Hauptverantwortung für Wirtschaft und Sozialstaat tragen. Die demographische Entwicklung mit viel zu wenigen Kindern gefährdet die Zukunft beider Systeme und damit den Wohlstand unserer Gesellschaft. Für die Überalterung der Gesellschaft ist eine Familien- und Steuerpolitik verantwortlich, die kinderreiche Familien systematisch benachteiligt.

Lesen Sie hier den Erfahrungsbericht des Vaters einer Großfamilie in Deutschland:

Am 6. August 2019 bin ich zum 5. Mal Vater geworden. Damit haben wir endgültig den Status einer kinderreichen Familie und gehören einer nicht besonders (politisch) förderwürdigen Minderheit an. In nur 0,6 Prozent aller Familien mit Kindern leben in Deutschland heutzutage fünf oder mehr Kinder. Der Anteil der Frauen, die 3 Kinder (und mehr) gebären, ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken. In etwas über 50 % aller Familien mit Kindern lebt nur ein Kind, was an einer Geburtenrate in Deutschland von rd. 1,5 Kindern pro

Frau liegt. Untersuchungen haben ergeben, dass kinderreiche Familien vor allem bei Unterschichten, höher Gebildeten sowie religiösen Familien häufiger vorkommen. Zudem gibt es ein Land-Stadt-Gefälle. Allerdings sind Akademikerinnen oft kinderlos, wenn sie aber Kinder bekommen, dann mehr als der Durchschnitt.

Die Anzahl eigener Kinder wurde von uns nicht geplant, sondern entwickelte sich. Gleichwohl ist es ein schönes Gefühl, so einen „Reichtum“ und eine solche „Fülle“ zu haben. Jedes Kind hat einen eigenen Charakter und andere Talente. Es ist sehr erfüllend, diese Entwicklung junger Menschen von der Geburt an begleiten zu können. Es gibt aber auch Einschränkungen, z. B. in der Urlaubs- oder Freizeitgestaltung. Exklusive Urlaube machen wir nicht – wir urlauben in Ferienwohnungen bzw. -häusern, die mit dem Auto gut erreichbar sind. Der Besuch überregionaler Veranstaltungen und Feste ist ein hoher organisatorischer Aufwand, den wir nur gezielt auf uns nehmen. Allerdings leben wir nicht zurückgezogen, sondern nutzen vor allem regionale Kultur- und Freizeitangebote.

Eine bestimmte Infrastruktur, z. B. ein großes Eigenheim, ein großer Garten und ein angemessener Transporter, sind von Vorteil. Man kann aber auch ohne viel

Geld stilvoll und glücklich leben. Des Geldes wegen oder aufgrund der Autogröße bzw. Wohnverhältnisse etc. auf (weitere) Kinder zu verzichten, halte ich für falsch. Kleine Kinder vermissen keine materiellen Annehmlichkeiten. Das Beste, was wir unseren Kindern mitgeben können, sind sowieso nicht-materielle Dinge, wie z.B. Nähe, Liebe, Bildung, Glauben, Zusammenhalt und Werte.

Unser Leben ist mit 5 Kindern von 0–10 Jahren sehr intensiv, und man muss gut planen. Jeder Tag beginnt früh morgens und wir Eltern kommen nur selten zur Ruhe. Die Kinder haben heutzutage deutlich mehr Termine aus den Schulen oder Horten heraus, als ich es von meiner Kindheit kenne. Dann kommen noch die privaten Termine aus Sport, Reiten, Chor, Musik, mit Freunden etc. dazu. Auf dem Lande heißt das immer auch Fahren und Logistik. Vor allem meine Frau ist dann die Managerin unseres Kleinunternehmens. Das bedeutet, dass sie als Akademikerin keine „Karriere“ machen kann und es auch nicht vermisst – aber wer macht schon Karriere. Übrigens hat meine Frau bereits 7 Kinder geboren, was zur Ehrenpatenschaft des Bundespräsidenten berechtigte.

Früher dachte ich immer, dass kinderreiche Familien es ja gut haben, da diese Kindergeld bekommen – viele Kinder = viel Kindergeld. Nach meiner ersten Steuererklärung als Vater musste ich jedoch feststellen, dass das Kindergeld, welches meine Frau überwiesen bekommt, zu 100 % auf meine Steuerzahlung (Kinderfreibetrag) angerechnet wird. Netto haben wir als Eltern also für die Kinder kein Kindergeld erhalten. Ca. 66 % des ausgezahlten Kindergeldes sollen in Deutschland mit den steuerlichen Kinderfreibeträgen verrechnet werden. Für Steuerzahler ist das Kindergeld also weitgehend ein Globuli.

Eine große finanzielle Subventionierung in Deutschland für Kinder besteht bei den Krippen und Kindergärten. Kleine Kinder bis zum dritten Lebensjahr (Krippe) werden vom Steuerzahler mit rd. 1 000 € im Monat subventioniert; Kindergartenplätze sind etwas günstiger. Da wir der Meinung sind, dass Kinder aus psychologischen Gründen erst mit Vollendung des 3. Lebensjahres in die Fremdbetreuung gehen sollten, „verzichten“ wir auf rd. 24 000 € Subventionen für 2 Jahre Krippenplatz (pro Kind) und erhalten als Gegenleistung – nichts. Das mal beschlossene Betreuungsgeld wurde von sozialistischen Politikern z. B. als „Herdprämie“ verunglimpft und wieder abgeschafft (Ausnahme Bayern/Sachsen). Frauen sollen über

diese Anreizstruktur „in die Produktion gehen“ und die Kinder staatlich organisiert betreut werden.

Unterm Strich bleiben als Förderung für uns: Elterngeld für ein Jahr, kostenfreie Staatsschulen sowie ggfs. Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Bei privaten Krankenversicherungen wird jedes Kind einzeln krankenversichert.

Eine weitere Kuriosität gibt es hinsichtlich der „Familienkarten“ für den Besuch von öffentlichen Einrichtungen wie z. B. Zoos oder Schwimmbädern. Diese sind von der Kinderzahl her begrenzt – meist auf 2 oder 3 Kinder. Kinderreiche Familien zahlen dann also noch obendrauf auf die „Familienkarte“.

Große Familien erfahren aus meiner Sicht nicht die Anerkennung und gesellschaftliche Unterstützung, die sie verdienen. Immerhin ziehen wir die zukünftigen Leistungsträger für die Gesellschaft und die staatlichen Systeme groß.

Der von mir sehr geschätzte Prof. Dr. Arnulf Baring sagte im Spätherbst seines Lebens: „Der Sinn des Lebens ist es, Leben weiterzugeben! Im Rückblick auf mein Leben sind meine Kinder das größte Glück, das Wichtigste.“

Diesen Aussagen kann ich mich nur anschließen.

Ohne Kinder keine Zukunft!

Peter Reizlein

Mitglied
Landesvorstand
Mecklenburg-
Vorpommern



Epidemische Lage von nationaler Tragweite aufheben Keine freiwillige Aufgabe der Demokratie!



Die aktuellen Corona-Beschränkungen sollen trotz marginaler Fallzahlen aufrechterhalten werden, bis es eine Impfung gibt. Der Bundesgesundheitsminister hat Ende Juli eine Testpflicht für Reiserückkehrer angeordnet und Großveranstaltungen bleiben bis mindestens Ende Oktober verboten. Zwei Drittel der Bevölkerung befürworten die Beibehaltung der Maskenpflicht und Abstandsregeln und lediglich ein Drittel unterstützt die Rückkehr zur parlamentarischen Kontrolle der Regierung.

Bündnis C fordert, die vom Bundestag am 25. März getroffene Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite aufzuheben. Maßnahmen zur Corona-Krise müssen wieder zwangsläufig in den Parlamenten beschlossen werden, wie es unser demokratisches System vorsieht.

Laut einer Umfrage von INSA-Consulere unterstützten Ende Juni fast zwei Drittel der Befragten nicht die

Rückkehr zur Normalität unseres demokratischen Systems, in dem der Bundestag das Entscheidungszentrum der Legislative ist. Dieses Ergebnis stellt die Erfahrbarkeit einer lebendigen parlamentarischen Demokratie im Land infrage und muss vor allem, wie INSA-Geschäftsführer Binkert zurecht feststellt, die Abgeordneten aufschrecken, dass ihre Rolle als Kontrolle der Regierung erfahrbar sein muss¹. Es scheint in den Köpfen in Vergessenheit zu geraten, dass nach dem Prinzip der Gewaltenteilung die Gesetzgebung und die Regierung voneinander getrennt sind, um Machtkonzentration zu vermeiden. Das Parlament ist gesetzgebendes Organen, die Regierung gesetzausführendes Organ, und sie hat sich gegenüber dem Parlament zu verantworten.

Dass zwei Drittel der Befragten die Entscheidung und Kontrolle des Bundestages über die Maßnahmen nicht für nötig hält, wirft ein Licht darauf, wie tief die Demo-

¹ INSA-NEWS Ausgabe 260, 26. KW, 26. Juni 2020

kratie in unserem Land gefährdet ist. Menschen, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien wie die Gewaltenteilung nicht mehr kennen oder für entbehrlich halten, werden die Demokratie kaum verteidigen. Das von den Angstszenerarien der Corona-Pandemie ausgelöste Sicherheitsbedürfnis hat offensichtlich der Regierung alle Gewalt in die Hände gespielt und das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse weiter verdrängt. Insofern ist das Vertrauen in das Krisenmanagement der Bundesregierung eher eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung. Keine Gefahr darf so instrumentalisiert werden, dass über deren unmittelbare Abwendung hinaus die Regierung allein das Zepter in der Hand behält. Auf vergleichbare Weise wurde das System der parlamentarischen Demokratie in den 1930er Jahren ausgehöhlt. Wenn das Prinzip der Gewaltenteilung als Garant von Demokratie und Rechtsstaat nicht mehr eingefordert wird, ist das Land auf dem Weg in die Diktatur einer Regierung, egal welcher Couleur.

Als Christen sind wir Anwälte für eine verantwortliche Freiheit der Menschen und unsere demokratischen Grundrechte. Das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf körperliche Unversehrtheit ist kein Recht auf Gesundheit, das kein Staat und kein Gesundheitssystem garantieren kann, sondern schützt den Bürger vor körperlichen Übergriffen des Staates. Sicherheit darf nicht mit einem Kontrollstaat erkaufte werden, der das Leben abschneidet. Mit den andauernden Beschränkungen trotz weniger Fallzahlen muss der Gesetzgeber die Frage beantworten, was für eine „neue Normalität“ er für die Bürger damit anberaumen will. Politik und Medien inszenieren noch immer die Worst-Case-Szenarien des Bundesinnenministeriums² und versuchen damit die Zustimmung zu den Maßnahmen aufrecht zu erhalten. Die Drohkulisse einer zweiten Welle nutzt sich aber ab, wenn kaum jemand erkrankt und auch angesichts von Massendemonstrationen und überfüllten Stränden keine Infektionszahlen explodieren. Ein positives Testergebnis ist noch keine Infektion und eine Infektion noch keine Erkrankung. Deshalb darf der Anstieg positiv Getesteter nicht für weitere staatliche Beschränkungen instrumentalisiert werden. Die wenigen Hotspots wie in Fleischfabriken sind keine Rechtfertigung für Allgemeinverordnungen, sondern für lokale Quarantäne der Infizierten.

Besonders unmenschlich sind die Zustände noch immer in manchen Alten- und Pflegeheimen, die die Be-

wohner seit Monaten nicht verlassen dürfen, um Angehörige oder ein Restaurant zu besuchen. Senioren mit einer noch teilweisen Selbständigkeit werden ihrer oft ohnehin wenigen Kontakte und Freiheiten beraubt. Was von den Ministerien als verordneter Schutz verhängt wird, ist die Zerstörung von Menschlichkeit und Lebensqualität. Es geht für alte Menschen gerade nicht mehr nur um das pure Weiterleben, sondern um die Beziehungen zu nahestehenden Menschen und das Ausschöpfen der noch vorhandenen Lebensmöglichkeiten. Isolation bewirkt Depression, gerade für gefährdete Menschen. Verfährt man so mit einer Wählergruppe, die man nicht mehr zu fürchten hat bei den nächsten Wahlen?

Das Bundesverfassungsgericht hat am Aschermittwoch 2020 die Selbstbestimmung über den eigenen Tod über den Schutz des Lebens gestellt. So falsch es ist, das Recht auf Leben mit dem Recht auf den Tod gleichzusetzen, so wenig steht es dem Staat zu, über den Gesundheitsschutz des Einzelnen zu verfügen. Für Alkohol wurde gerade die Mehrwertsteuer gesenkt trotz größter damit verursachter gesundheitlicher, familiärer und volkswirtschaftlicher Schäden. Auch Senioren haben ein Recht auf Selbstbestimmung über ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Beziehungen, das ihnen zu gewähren ist, solange in einer Einrichtung keine Infizierten sind. Das prophylaktische Wegsperrten ist nicht alternativlos, sondern die Verantwortung in die Hände der Betroffenen und der Einrichtungen zu geben.

Leben ist mehr als unsere physische Existenz und verwirklicht sich in Beziehungen, nicht in Konsum und sozialer Distanz, die von den Rettungsmaßnahmen der Regierung protegiert werden. Und Demokratie lebt von freien Debatten, Abwägung der besten Argumente und verantwortlichen Beschlüssen der Parlamente. Die Rückkehr zu demokratischen Entscheidungsprozessen entscheidet über die politische Kultur und die freiheitliche Ordnung in Deutschland.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

² Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen <https://www.bmi.bund.de/Shared-Docs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/corona/szenarien-papier-covid-19.html> S. 13

Zivildienst und Wehrpflicht reformieren

Im Jahr 2011 wurde die Wehrpflicht – und damit auch der Zivildienst – ausgesetzt. Nun ist die Debatte über den Dienst an der Waffe durch die neue Wehrbeauftragte Eva Högl wieder aufgeflammt. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sprach sich für einen sechsmonatigen Freiwilligendienst mit anschließendem Reservedienst aus.

Bündnis C plädiert für ein Dienstjahr im Sozialwesen oder bei der Bundeswehr.

Wir blicken heute auf ein Jahrzehnt mit Berufsarmee zurück. Der damalige Ansatz, eine gut ausgebildete, starke Truppe aus Berufssoldaten zu besitzen, hat sich nur bedingt bestätigt. Vielmehr hat sich eine Distanzierung zwischen Bevölkerung und Bundeswehr entwickelt. Die Zahlen der Menschen, die sich für eine Laufbahn im Heer entscheiden, sind rückläufig, und es gestaltet sich schwierig, genug Nachwuchs für die Landesverteidigung zu generieren.

Der Grundgedanke der Wehrpflicht ist in der Debatte vor deren Aussetzung untergegangen. Durch eine allgemeine Wehrpflicht wird gewährleistet, dass ein großer Teil der Bevölkerung für einen Verteidigungsfall ausgebildet und schnell abrufbar ist. Dieser Vorteil geht mit einer reinen Berufsarmee verloren. Werden Soldaten für einen akuten Verteidigungsfall gebraucht, dauert die Ausbildung ohne vorherigen Grundwehrdienst unverhältnismäßig lang. Der Grundgedanke der Nato zum Schutz Europas ist zu begrüßen, dennoch sollte die Landesverteidigung durch eigene Kräfte gewährleistet sein. Weder die NATO noch nationale Verteidigung funktioniert im Ernstfall ohne einsatzbereite Armeen.

Gleichzeitig mit der Wehrpflicht wurde auch der Zivildienst abgeschafft, was bis heute in vielen sozialen Berufsfeldern Lücken hinterlassen hat. Bis 2011 gab es jährlich knapp 80 000 Menschen, die durch den Zivildienst einen großen Beitrag für die Gesellschaft leisteten. Im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes waren es danach nur noch halb so viele. Dies sorgte in sozialen Einrichtungen für personelle Engpässe, deren Auswirkungen wir heute noch erleben. Viele Zivildienstleistende blieben langfristig in sozialen Berufen tätig. Das Berufsbild in der Pflege hat sich seit Abschaffung des Zivildienstes leider ebenfalls negativ entwickelt, und so fehlt heute auch dort der Nachwuchs.

Es wäre ratsam, Wehrpflicht und Zivildienst wieder einzuführen – allerdings in einer reformierten, modernen Form. Den verpflichtenden Dienst auf den männlichen Teil der Bevölkerung zu beschränken, ist nicht mehr zeitgemäß. Ursprünglich waren Frauen aufgrund ihrer Erziehungszeiten davon ausgenommen, was heutzutage beiden Elternteilen gesetzlich zusteht und so auch genutzt wird. Das Konzept sollte dahingehend umgestellt werden, dass für jeden jungen Menschen – unabhängig ob Mann oder Frau – ein gemeinnütziges Jahr zu leisten ist. Ausgenommen sind Elternteile, die bereits selbst Kinder erziehen, da ein verpflichtender Dienst junge Familien unverhältnismäßig belasten würde. Wer stattdessen lieber an der Waffe dienen möchte, kann sich für den Wehrdienst entscheiden. Durch das umgekehrte Bewerbungsverfahren träten der Bundeswehr nur Personen bei, die sich bewusst für den Wehrdienst entschieden haben und somit auch über den Grundwehrdienst hinaus für eine weitere Verpflichtung geeignet wären. Wer sich nicht ausdrücklich für den Wehrdienst entscheidet, dient dem Land und der Gesellschaft im Zivildienst, was zu einer starken Entlastung im Sozialwesen führen würde.

Durch dieses Konzept fördert man eine gesellschaftliche Nähe zu sozialen Berufen wie auch zur Bundeswehr. Junge Menschen würden durch beide Tätigkeiten einen wichtigen Dienst tun. Dieses Modell könnte zu einer bewussteren Verantwortung und vertieften Identifikation mit unserer Gesellschaft beitragen. Rückblickend betrachtet waren Wehrpflicht und Zivildienst neben den Vorteilen für unser Land auch wichtige Lebensabschnitte in der Charakterbildung von jungen Menschen. Daher ist es zu begrüßen, wenn wir wieder – wenn auch in reformierter Form – dorthin zurückkehren würden zum Wohl Deutschlands und der nächsten Generation.

Horst Wodarz

Landesverband
Bayern,
Facebook-
Administrator



Respekt der Israelischen Souveränität statt Zwei-Staaten-Lösung

Der Bundestag hat sich mit einem von CDU und SPD eingebrachten Antrag gegen die sogenannten Annexionspläne Israels im Westjordanland positioniert. Die Pläne stünden im Widerspruch zu internationalem Recht und würden den Friedensprozess im Nahen Osten gefährden.

Bündnis C fordert das Ende der Illusion einer Zwei-Staaten-Lösung und Respekt der israelischen Souveränität über die ihm völkerrechtlich zugesprochenen Gebiete.

Hintergrund des Beschlusses des Bundestages sind die Pläne im Koalitionsvertrag der neuen israelischen Regierung, ihre Souveränität über die jüdischen Siedlungen in Judäa und Samaria zu erklären und die Gebiete mit dem Jordantal in sein Staatsgebiet zu integrieren. Ab Juli 2020 sind Diskussionen über die Umsetzung des Friedens-Plans von US-Präsident Donald Trump geplant, der eine Ausweitung israelischen Rechts auf Gebiete im Westjordanland einschließt.

In dem angenommenen Antrag warnt der Bundestag vor einer erneuten Destabilisierung der Region. Die Bundesregierung solle sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf der Basis der Zwei-Staaten-Lösung einsetzen in Einklang mit den international vereinbarten Parametern und UN-Resolutionen. Damit hält der Bundestag wie auch Bundesaußenminister Maas bei seinem Antrittsbesuch der neuen israelischen Regierung an der Linie der EU und der UN fest, deren oberste Repräsentanten Israel einmal mehr eine schwere Verletzung des Völkerrechts vorwarfen.

Bündnis C fordert die Bundesregierung auf, die rechtlichen Grundlagen des Staates Israel und die historischen und gegenwärtigen Realitäten anzuerkennen, die die Wunschvorstellung einer Zwei-Staaten-Lösung zum Anachronismus machen:

1. 1917 wurde „Palästina“ in der Balfour-Deklaration als jüdische Heimstätte anerkannt. Von der Konferenz der führenden Weltmächte 1920 in Sanremo wurden die historischen Grenzen Israels von Dan bis nach Be'er Sheva als territoriale Grundlage für einen jüdischen Staat festgesetzt. Die Mandatsentscheidungen des Völkerbundes 1922 bestätigten den Rechtsanspruch des jüdischen Volkes auf das Gebiet inklusive Judäa und Samaria (Westjordanland).



2. Die kulturelle und sprachliche Neugründung Israels begann in den 1920er Jahren.
3. Jüdische Bürger leben in Judäa und Samaria seit lange vor dem 6-Tage-Krieg 1967. Die heute mehr als 400 000 jüdischen Siedler sind aus dem Land nicht wegzudenken. Judäa und Samaria gehören dem jüdischen Volk historisch, völkerrechtlich und territorial.
4. Israel kontrolliert das Westjordanland seit über 50 Jahren militärisch, nicht die palästinensische Autonomiebehörde. Die jordanische Autonomie darüber währte davor hingegen nur 19 Jahre und wird von nur zwei Staaten anerkannt.

Bei der Ausweitung der israelischen Souveränität auf Gebiete in Judäa und Samaria handelt es sich demnach nicht um eine widerrechtliche Annexion fremden Gebietes, sondern um die Anwendung israelischen Zivilrechts auf Israel zustehende und von ihm bereits militärisch kontrollierte Gebiete.

Der US-Friedensplan gründet auf diesen Tatsachen, statt auf den Wunschvorstellungen der internationalen Politik. Im Gegensatz zu früheren Friedensplänen verlangt er Zugeständnisse von palästinensischer Seite, die diese genauso ablehnt wie alle anderen Angebote Israels in der Vergangenheit.

Deutschland hat mit der EU-Ratspräsidentschaft und dem Vorsitz im UN-Sicherheitsrat ab Juli 2020 eine besondere Verantwortung in seiner Positionierung gegenüber Israel. Die Unterstützung für die palästinensische Führung in der arabischen Welt schwindet. Saudi-Arabien und andere Golfstaaten brauchen Israel und die Vereinigten Staaten, um den Iran in die Schranken zu wei-

sen. Es muss im eigenen Interesse Europas liegen, seine Nahost-Politik neu zu kalibrieren, statt weiter mit den islamistischen Feinden Israels zusammenzuarbeiten.

Während im Nahen Osten die Kräfteverhältnisse neu gemischt werden und sich neue Allianzen bilden, beweist die Bundesregierung zusammen mit der EU und der UN hingegen eine bemerkenswerte Unbeweglichkeit. Der Oslo-Prozess samt einer Zwei-Staaten-Lösung sind gescheitert und werden nicht dadurch realistischer, dass westliche Staaten weiter daran festhalten. Niemand wird die jüdischen Siedlungen mehr aus Judäa und Samaria ausradieren, und Israel wird die Gebiete keinem palästinensischen Staat überlassen, der Israel nach wie vor das Existenzrecht abspricht.

Der in den 90er Jahren maßgeblich von Europa initiierte Oslo-Prozess hat Israel keinen Frieden gebracht, sondern die Aushöhlung und Delegitimierung seiner Rechte an den 1967 eroberten Gebieten, Terror und den Verlust von Verhandlungsspielraum. Es ist Zeit, das Scheitern dieser europäischen Mantras einzuräumen. Statt weiter von Israel zu fordern, seine Rechte, jüdische Siedlungen und die Sicherheit seiner Bürger zu opfern, fordern wir die Bundesregierung auf, die palästinensische Führung in die Pflicht zu nehmen, dass sie mit Israel Frieden schließt und den jüdischen Staat anerkennt. Nur auf dieser Basis ist Frieden möglich.

(Pressemitteilung 05.07.2020)

Leserbriefe

Wir veröffentlichen hier drei Leserreaktionen auf unser letztes EINDRUCK-Heft. Die Briefe entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion, spiegeln aber das Meinungsspektrum unserer Mitglieder und Interessenten wieder.

Sehr geehrte Damen und Herren von Bündnis C,

Sie schickten mir einige Exemplare Ihres Heftes Nr. 16 – 2020/2 zum Selbstlesen und zum Weitergeben. Vielen Dank. Ich möchte Ihnen hier ein kurzes Statement zukommen lassen.

Ich habe alle Artikel gründlich gelesen und bin als bekennender Christ von Ihren biblischen Kommentaren sehr beeindruckt. Besonders hat mich das Editorial der Frau Heepen angesprochen mit der Aussage: „Unser Leben ist nicht in der Hand des Virus ...“! Genau so war meine Reaktion im März 2020, als Angst und Panik verordnet wurde, so war sie vorher schon und ist immer noch: „Wenn ich zu meinem Vater im Himmel gehe, dann, weil ER mich ruft und weil ER die Zeit bestimmt!“ Das hat mich in den letzten Monaten stets gut schlafen lassen, obwohl auch ich unter den „notverordneten“ Maßnahmen gelitten habe:

Ich habe meinen Minijob verloren, da ich mich intensiv (Tag und Nacht) um die Belange zwei meiner Enkelkinder gekümmert habe, im persönlichen wie auch im schulischen Bereich. Nicht aus Zeitgründen verlor ich mein Zubrot zu einer mageren Rente, sondern weil ich nicht-regierungskonform meine Enkelkinder um mich hatte.

Im näheren Verwandtenkreis habe ich mehrere schwere Krankheitsfälle erlebt, die nicht behandelt wurden – aus bekannten, vorgeschobenen Gründen –

und diese Menschen leiden noch immer stark unter den Folgeschäden, der nicht rechtzeitig erfolgten Behandlung!

Dass meine Enkel monatelang keinen Schulunterricht hatten – na ja, bei mir haben sie tüchtig gearbeitet – diese Situation ist nur in schlimmsten Kriegszeiten denkbar gewesen.

In den letzten Monaten habe ich mich intensiv mit den Informationen von – neutralen – Experten, Wissenschaftlern, Ärzten usw. befasst und es müsste inzwischen auch dem dümmsten Bürger aufgefallen sein, dass hinter den mantra-ähnlichen Wiederholungen, wie Pandemie, Killervirus, Vorhersagen von Millionen Toten, Abstand halten, Leben schützen, Zuhause bleiben, Zahlen- und Bildermanipulation etc. der Berliner Politiker und der Landespolitiker eingeschlossen, im Verein mit einer gleichgeschalteten Mainstream-Presse, etwas ganz anderes steckt, nämlich eine Metaebene (Finanz- und Wirtschaftslobby), die den Virus nur als Alibifunktion benutzt hat. [...]

Ich wünsche Ihnen Gottes Segen für Ihre Arbeit, und ... was mich täglich auf den HERRN schauen lässt, SEINE Aussage und SEINE Empfehlung: Fürchte dich nicht!

Mit freundlichen Grüßen

Erika Stockhausen, Wermelskirchen

Liebe Frau Heepen, liebe Vorstandsmitglieder von Bündnis C,

danke für das neue Heft „Eindruck“, danke für Ihr ermutigendes Zeugnis für Jesus Christus in dieser Corona-Zeit. Wie gut, dass es Sie gibt! Gerade DAS braucht Deutschland jetzt ganz nötig, ein klares Bekenntnis zu dem, der allein helfen kann, Jesus Christus!

Es wird viel geforscht dieser Tage, nach den Ursachen der Pandemie und, vor allem, nach einem Impfstoff gegen das Virus. Dies ist alles verständliche menschliche Reaktion. Doch es greift zu kurz! Die Ursache der Pandemie liegt weitgehend im Nebulösen, eine schlagkräftige Erklärung hat man bis heute nicht, geschweige denn den Impfstoff.

Warum glaube ich, dass alles zu kurz greift? Weil ich als jemand, der sich zum ganzen Wort Gottes, zur ganzen Bibel bekennt und sie bis in Punkt und Komma für wahr und zutreffend hält, sehe, was selbst viele Christen nicht sehen wollen - oder können: Corona ist nach meiner Überzeugung zumindest ein Bußruf Gottes an die Welt. Corona ist eine weltweite Erscheinung. Ich will gar nicht so weit gehen, von einer Strafe Gottes zu reden. Ich glaube, wenn Gott straft, dann wird das viel, viel verheerender sein. Das kann aber alles noch kommen.

Ich bin überzeugt davon, dass Gott zumindest ernsthaft mit uns reden will durch Corona. In dem Sinne: Hört endlich auf damit, ungeborenes Leben im Mutterleib zu töten, lasst ab von der gleichgeschlechtlichen Ehe, lasst ab von dem Gender-Wahnsinn der völligen Gleichmacherei der Geschlechter, hört auf, mir, Gott dem Herrn, mein Wort zu verdrehen ins Gegenteil, wie ich, Gott, es sage und meine. Hört auf damit, Gottesdienste zu sozialethischen Vortragsveranstaltungen zu machen, den Menschen zu erzählen, was sie jeden Tag aus der Politik bereits wissen. Verkündigt endlich das heilbringende Evangelium!

Ich höre Gott dies sagen durch Corona. Wir sind ja in Deutschland relativ verschont geblieben bis jetzt, was Infizierte und Tote betrifft. Nordamerika und Brasilien sind viel schlimmer betroffen. Warum hat Gott uns Deutsche offenbar nicht in dieser Härte getroffen? Vielleicht, weil wir noch viele bibeltreue Bekenner in unserem Land haben, neben einer Präambel unserer Verfassung, die sich „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ sieht. [...]

Wenn irgendwann der Impfstoff da ist, bis dahin die Wirtschaft ruiniert ist und die Staaten mit vielen Billionen Euro – oder Dollar – verschuldet sind, selbst wenn

man das alles irgendwann in Jahrzehnten wieder in den Griff bekommt, so ist Gott dennoch nicht mit uns zum Ziel gekommen. Die Folge wird sein: Nach Corona sendet er der Menschheit etwas Neues, Härteres. Dann beginnen die Siegelgerichte nach der Offenbarung. [...] Ich vermisse aus Christenkreisen den eindringlichen Hinweis, dass Corona ein Bußruf Gottes ist! Ich höre, mit Verlaub, nur lautes Schweigen!

Bitte, Bündnis C, nehmt hier Verantwortung wahr! Ggf. mit Handzetteln obigen Inhalts, die wir in Städten und Dörfern verteilen wollen. Wir wissen selbst, dass wir nach menschlichem Ermessen nicht mit der Regierungsbildung nach der nächsten Bundestagswahl beauftragt werden. Aber bei der seit geraumer Zeit unklaren Gemengelage, was Regierungsbildung betrifft, könnte es durchaus sein, dass Bündnis C mit evtl. 5 % Stimmenanteil sich als kleiner Partner einbringen könnte, zum Segen für unser Land und als Wächter christlicher Inhalte in einer Koalition, als Sprachrohr für die vielen, vielen Christen, die es noch bei uns gibt, die der Bibel vertrauen. Bündnis C hat noch eine große Aufgabe vor sich! Weiter so!

Liebe, herzliche Grüße und Gott befohlen,

Ihr Eckhard Weber, Wilnsdorf

Sehr geehrte Frau Heepen,

Sie haben das Bild der vier Reiter bei Ihrer Ausarbeitung über die Demokratie gewählt. Sehr interessant, denn dieser Bibelabschnitt in der Offenbarung, Kap. 6 beschäftigt mich auch schon seit geraumer Zeit. Laut dieser Bibelstelle gibt es ja einen Weltfrieden vor der offiziellen Wiederkunft Jesu am Ölberg, beschrieben in Off 19 und Mt 24 und 25.



Wer ist nun der Reiter des weißen Pferdes in Kap. 6, der ja auch in Frieden herrscht und Ähnlichkeiten mit Jesus auf einem weißen Pferd wie in Kap. 19 aufweist?

Mit aller Voraussicht der Antichrist selbst, der Jesus imitiert, als wäre er JESUS selbst. Aber warum tut das der Antichrist, denn Satan ist ja ein Lügner und Mörder, kein Friedensbringer? Kann es ein, dass die Menschheitsgeschichte wirklich auf JESUS CHRISTUS hinausläuft und er zum Schluss nur noch die Chance hat, sich als JESUS CHRISTUS auszugeben, nachdem wir als Christen von der Erde entrückt worden sind?

Vielleicht ist das unsere letzte große Aufgabe als Christen, vor der Entrückung noch den Friedensprozess durch JESUS CHRISTUS, den die Welt dringend braucht, anzustoßen. Weltfrieden kann nach meiner Meinung nur entstehen, wenn zuerst Frieden mit dem Schöpfer und dann mit dem Mitmenschen geschlossen werden kann. (Doppelgebot der Liebe). Wir müssen vom „der Starke frisst den Schwachen“ zu „liebet Eure Feinde“ kommen.

Es geht auch um ein Umdenken von Wissenschaft und Glaube, und was das für Auswirkungen auf unser Land hatte und hat, von der Reformationszeit bis zur Nazi

Diktatur auf der einen Seite und dem Kommunismus auf der anderen Seite. Wenn wir dieses Thema gut aufarbeiten, könnte Deutschland vom Kriegsverbrecher und Judenvernichter des 20. Jahrhunderts zum Friedensbringer des 21. Jahrhunderts werden. Jesus ist der Friedefürst dieser Welt. Jesus statt Darwin, „liebet Eure Feinde“ anstatt „der Starke frisst den Schwachen“. Durch dieses Umdenken würden wir dann auch eine neue Identität bekommen: Friedensbringer für unser Land, Europa und darüber hinaus.

Und in diesem Prozess könnte Bündnis C eine wichtige Rolle spielen. Nutzen wir die Demokratie, um Gottes Reich des Friedens aufzubauen. Nur die Demokratie ermöglicht uns, friedlich und ohne eine Revolutionskonform Jesus zu verherrlichen.

Mit freundlichen Grüßen, dem Herrn Jesus befohlen,

Rainer Proll,
Landesverband Rheinland-Pfalz
<https://prollux.de/>

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC		Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.	
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)					
Bündnis C – Christen für Deutschland					
IBAN					
DE60660501010108232562					
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)					
KARSDE66XXX					
Betrag: Euro, Cent					
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers					
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)					
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)					
IBAN					
08					
Datum		Unterschrift(en)			



Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Formular zum Anfordern von Infomaterial

Schneiden Sie diese Seite aus und geben Sie sie auch an Freunde weiter!

Ich habe von Bündnis C gehört und möchte mehr erfahren, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

- Das Kennenlern-Infopaket (Aktuelle Falblätter und die Grundsätze sowie die aktuelle Ausgabe des Magazins EINDRUCK)
- Ich brauche ____ Stück von den Handzetteln
- Ich brauche ____ Stück von den Treppenfalz-Faltblättern
- Ich brauche ____ Stück von der Minibroschüre zur Israel-Politik
- Ich brauche ____ Stück vom aktuellen EINDRUCK-Magazin zum Auslegen und Verteilen im Bekanntenkreis.
- Ich brauche ____ Stück von den Grundsätzen und Eckpunkten.

Mein Anschrift, unter der ich postalisch erreichbar bin:

Name: _____

Vorname: _____

Straße und Hausnummer:

PLZ und Ort: _____

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für Rückfragen:

Bitte postalisch senden oder per Handyfoto mailen an:

Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

E-Mail: info@buendnis-c.de



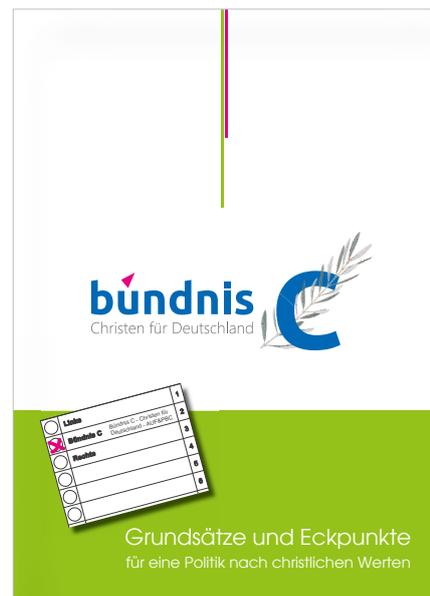
Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüre zu unserer Israel-Politik, kurzgefasst



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“

Liebe Mitglieder und Interessenten,

Wir wollen noch in diesem Jahr einen Bundesgeschäftsführer in Teilzeit anstellen, um für das Wahljahr 2021 gerüstet zu sein. Der Geschäftsführer soll das operative Geschäft des Bundesverbandes, des Bundesvorstandes und der Schnittstellen zu den Landesverbänden abdecken und einen großen Teil der Wahlkämpfe managen. Da der Bundesvorstand ausschließlich ehrenamtlich arbeitet, kann er die administrativen Aufgaben nicht so abdecken, dass die Partei effektiv arbeiten und kontinuierlich wachsen kann.

Damit Sie eine genauere Vorstellung vom Aufgabenspektrum des Geschäftsführers erhalten, veröffentli-

chen wir hier die Stellenausschreibung. **Können Sie uns eine monatliche Spende zusagen, um das Gehalt eines Bundesgeschäftsführers zu finanzieren?**

Wir danken allen herzlich, die sich bereits für regelmäßige Spenden bereit erklärt haben. Zurzeit kommt damit ein Monatsbetrag von 210 € zusammen. Damit ist bisher noch keine Teilzeitstelle zu finanzieren. Sobald wir einen zuverlässigen Betrag verfügbar haben, werden wir die Stelle besetzen.

Wir danken Ihnen für Ihre Treue und alle Investition in Bündnis C!

Der Bundesvorstand

Bündnis C – Christen für Deutschland hat sich seit 2015 als neue Partei bekennender Christen formiert. Wir erarbeiten mit unseren Partnern zusammen innovative politische Lösungen auf einem biblisch-theologischen Fundament und bringen diese in die Politik ein. Damit wollen wir in den Krisen und der Polarisierung des Landes alternative Antworten aus christlicher Perspektive anbieten zum Besten für unser Land.

Zur Unterstützung des Bundesvorstandes, der Verbände und Wahlkämpfe suchen wir eine/n

Bundesgeschäftsführer/in (Teilzeit min. 50%)

Ihr Aufgabenspektrum:

- Selbständige Führung der operativen Geschäfte der Partei
- Erstellung von organisatorischen Leitlinien für die Funktionsfähigkeit der Partei
- Erstellung von Strukturen und Materialien für die interne und externe Kommunikation
- Planung, Erstellung der Tagesordnung und Beschlussvorlagen und Protokollierung der Sitzungen und Videokonferenzen des Bundesvorstandes
- Administrative Anleitung der Landesvorstände und Parteigremien
- Organisation von Veranstaltungen
- Verträge mit Tagungshäusern, Mitarbeitern und Dienstleistern
- Vorbereitung von Wahlen und Wahlkampfmanagement
- Vertretung des Leiters der Bundesgeschäftsstelle.

Ihr Profil:

- Kaufmännischer, verwaltungstechnischer oder vergleichbarer Berufsabschluss
- Mehrjährige Erfahrung in der Leitung einer größeren Organisation
- Erfahrung in Parteiarbeit und Kenntnisse der rechtlichen Grundlagen
- Selbständigkeit, Struktur, Umsicht und vorausschauendes Planen
- Kommunikative Kompetenz schriftlich und mündlich
- Bündnis C-Mitglieder werden bevorzugt.

Wir bieten:

- Eine abwechslungsreiche Tätigkeit mit flexiblen Arbeitszeiten
- Eigenverantwortliches Arbeiten in Kommunikation mit der Bundesgeschäftsstelle, den Vorständen und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Partei
- Einen Arbeitsvertrag in Teilzeit
- Eine umfassende Einarbeitung
- Dienort ist Karlsruhe, Dienstbeginn nach Vereinbarung.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Tragen Sie die Vision von Bündnis C mit?

Dann senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bitte per E-Mail an den geschäftsführenden Bundesvorstand von Bündnis C: geschbuvo@buendnis-c.de.

Wir benötigen Ihre Ausbildungsnachweise, Lebenslauf und Zeugnisse.



buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 17 – 2020/3

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C. Abbildungen auf S. 1: freepik/mindandi; S. 29: PxHere; S. 34: mohamed Hassan/Pixabay; S. 36: Tyler Nix/Unsplash; S. 38: clareich/Pixabay; S. 41: neufal54/Pixabay; S. 43: gemeinfrei

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX